

AKTUELLE SITUATION DES ÖKOLANDBAUS IN BRANDENBURG: DIE SCHERE ZWISCHEN STEIGENDER NACHFRAGE IN DER HAUPTSTADT UND BEGRENZTEM REGIONALEN ANGEBOT

EINE WERTSCHÖPFUNGSKETTENANALYSE

Studienprojekt – Bericht

Anke Wolff & Hanna Treu
Integrated Natural Resource Management

Humboldt-Universität zu Berlin
Albrecht Daniel Thaer-Institut für Agrar- und Gartenbauwissenschaften
AG Agrarökologie & Ökologischer Landbau
Priv. Doz. Dr. Heide Hoffmann

Danksagung

Wir danken unserer Betreuerin, Dr. Heide Hoffmann, für ihre Ratschläge und Ermutigung zu dieser (logistischen und inhaltlichen) Herausforderung. Darüber hinaus bedanken wir uns bei Michael Wimmer (FÖL) für seine Unterstützung und schonungslose Situationsanalyse, die unser Interesse an der Thematik weiter verstärkt hat.

Unser Dank geht an alle Interviewpartner, die sich trotz ihres begrenzten terminlichen Spielraums und erheblichen Arbeitspensums Zeit für ein Gespräch mit uns genommen und uns sehr freundlich empfangen (und z.T. bewirtet) haben. Ohne sie hätten wir dieses Projekt nicht durchführen können. Sie haben uns mit ihrer wichtigen Arbeit und ihrem Idealismus inspiriert und motiviert, weiterhin Bio-Produkte, bevorzugt aus Brandenburg, zu kaufen.

Anke Wolff & Hanna Treu

Inhaltsverzeichnis

Tabellen.....	5
Abbildungen.....	5
Abkürzungen.....	6
1 Einleitung.....	7
2 Situationsanalyse.....	8
2.1 Spezielle Aspekte der ökologischen Produktion in Brandenburg.....	8
2.1.1 Agrarökologische Bedingungen.....	8
2.1.2 Kennzahlen zu ökologisch bewirtschafteten Flächen & Bio-Betrieben.....	10
2.1.3 Allgemeine Entwicklungen im Agrarsektor.....	12
2.1.3.1 Eigentumsstruktur nach 1945.....	12
2.1.3.2 Entwicklung der Pacht- und Kaufpreise nach 1989.....	13
2.1.3.3 Rolle der BVVG.....	17
2.1.3.4 Konkurrenz durch die Förderung der Bioenergieerzeugung.....	20
2.1.3.5 Konkurrenz durch außerlandwirtschaftliche Investoren.....	20
2.1.4 Förderungen für den Ökolandbau.....	22
2.1.4.1 Flächenprämien und andere Zuschüsse.....	23
2.1.4.2 Förderung von Beratung & Ausbildung.....	26
2.1.4.3 Förderungen in der landwirtschaftlichen Praxis.....	26
2.1.5 Zusammenfassung & Zwischenfazit.....	28
2.2 Regionale Nachfrage & Vermarktung ökologischer Erzeugnisse.....	29
2.2.1 Definition von Region und Regionalität.....	29
2.2.2 Entwicklung des Umsatzes von Ökolebensmitteln in Berlin & Brandenburg.....	29
2.2.3 Zusammenhang zwischen ökologisch produzierten und regionalen Erzeugnissen.....	30
2.2.4 Herkunft der in Deutschland konsumierten Biolebensmittel.....	31

2.2.5	Negative Aspekte von Lebensmittelimporten.....	33
2.2.6	Vorteile und Herausforderungen regionaler Wertschöpfungsketten.....	34
2.2.7	Zusammenfassung & Zwischenfazit.....	36
3	Material & Methoden.....	36
4	Ergebnisse.....	37
4.1	Rahmenbedingungen.....	37
4.1.1	Politik.....	37
4.1.2	Boden.....	44
4.1.3	Agrarökologische Bedingungen.....	45
4.1.4	Ausbildung.....	45
4.2	Regionalität & regionale Wertschöpfung.....	46
4.3	Produktion.....	48
4.4	Veredlung & Verarbeitung.....	49
4.5	Vermarktung & Vertrieb.....	51
4.6	Konsumenten.....	55
4.7	Sonstiges/ Ausblick.....	56
5	Diskussion & Handlungsempfehlungen.....	57
6	Zusammenfassung.....	65
	Quellenverzeichnis.....	68
	Anhänge.....	74
	Impressionen.....	78

Tabellen

Tabelle 1: Anteil der ökologisch bewirtschafteten LF in ha und der relative Anteile an LF in Prozent aufgeschlüsselt nach Bundesländern.....	10
Tabelle 2: Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau von 1999 bis 2013 in Brandenburg.....	11
Tabelle 3: Fördersätze für den Ökolandbau in Brandenburg ab 2014 in €.....	25
Tabelle 4: Importanteil in Prozent und Herkunft ausgewählter Bio-Lebensmittel in Deutschland: 2001 im Vergleich zu 2010 in Prozent.....	32

Abbildungen

Abbildung 1: Anzahl der Ökobetriebe und der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Brandenburg zwischen 1992 und 2012.....	12
Abbildung 2: Entwicklung der Kaufwerte für LF in ausgewählten Landkreisen Brandenburgs.....	14
Abbildung 3: Entwicklung der Bodenmobilität in ausgewählten Landkreisen Brandenburgs.....	15
Abbildung 4: Entwicklung des Gewinns in € plus Personalaufwand je Arbeitskraft in ökologischen und vergleichbaren konventionellen Betriebe in D.....	27
Abbildung 5: Bewertung der regionalen Herkunft von Lebensmitteln durch die Konsumenten, denen die ökologische Produktion wichtig ist.....	31
Abbildung 6: Wachstum von Umsatz und Fläche des Ökologischen Landbaus in Deutschland.....	32
Abbildung A7: Umsätze und Umsatzanteile für Öko-Lebensmittel in Deutschland nach Absatzebenen (in Mrd. €).....	77

Abkürzungen

BLE	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BÖLN	Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft
BVVG	Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
bzw.	beziehungsweise
EALG	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
F+E	Forschung und Entwicklung
FÖL	Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V.
GrdstVG	Grundstückverkehrsgesetz
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
ha	Hektar
HNE	Hochschule für nachhaltige Entwicklung
INKA BB	Innovationsnetzwerk Berlin Brandenburg
IT	Informationstechnik
KULAP	Kulturlandschaftsprogramm
LBV	Landesbauernverband
LEH	Ladeneinzelhandel
LF	Landwirtschaftliche Fläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Mio	Millionen
MLUL	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
ÖL	Ökolandbau
PIK	Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
UBA	Umweltbundesamt
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

1 Einleitung

Die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln wächst in Deutschland kontinuierlich, wenn auch nicht mehr so rasant wie in den Vorjahren. Der Umsatz von Bio-Produkten stieg von 2013 bis 2014 um 4,8% auf 7,91 Mrd. EUR (vgl. BÖLW 2015). Besonders in der Hauptstadtregion ist die Nachfrage so groß wie nie: 2014 betrug der Gesamtumsatz des Biofachhandels 350 Mio. EUR mit einer Wachstumsrate von 8%, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die steigende Nachfrage spiegelt sich auch in der stetig wachsenden Anzahl der Berliner Bioläden und Biosupermärkte wider (vgl. FÖL 2015).

Konsumenten, denen die ökologische Produktion wichtig ist, bevorzugen Erzeugnisse aus der Region oder aus Deutschland (vgl. HAMM et al. 2015). Diese Erkenntnisse und der positive Nachfragetrend stehen im Kontrast zur negativen Entwicklung des Ökologischen Landbaus in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Die Agrarstrukturerhebung 2013 hat ergeben, dass die ökologisch bewirtschaftete Fläche seit 2010 um 2% auf 137.700 ha und die Anzahl der Öko-Betriebe um 6% zurückgegangen ist. Damit ist der Ökoflächenanteil von 10,9 auf 10,48% geschrumpft (vgl. MLUL 2015a). Laut Thünen-Institut erfolgen Betriebsaufgaben und Rückumstellung auf eine konventionelle Wirtschaftsweise in Deutschland hauptsächlich aus ökonomischen Gründen (vgl. KUHNERT ET AL. 2013).

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse eines sechsmonatigen Studienprojektes zusammen, das die Zielsetzung hatte, die Gründe für dieses Paradoxum zu beleuchten. Wir wollten besser verstehen, warum Ökolandwirte in Brandenburg nicht vom Bio-Boom in der Hauptstadt profitieren und die Premium-Preise für ökologische Lebensmittel nicht bei ihnen „ankommen“ und ob diese negative Entwicklung hauptsächlich auf defizitäre politische Rahmenbedingungen zurückzuführen ist. Darüber hinaus hat uns interessiert, wie man die steigende Nachfrage in Berlin und das regionale Angebot besser synchronisieren kann. Um diese Fragen beantworten zu können, haben wir semi-strukturierte Gespräche mit Akteuren entlang der gesamten Wertschöpfungskette, Verbänden und Experten aus Politik und Wissenschaft geführt. Herausgekommen ist ein Stimmungsbild zur aktuellen Lage des Ökolandbaus und der Ökobranchen in der Hauptstadtregion, das sowohl auf ein hochkomplexes Verhältnis zwischen den Akteuren in der Wertschöpfungskette und Lücken in derselbigen hindeutet als auch Grenzen politischer und institutioneller Förderung aufzeigt.

2 Situationsanalyse

2.1 Spezielle Aspekte der ökologischen Produktion in Brandenburg

In einem ersten Teil (2.1) der Situationsanalyse sollen auf Basis von aktuellen Studien und Veröffentlichungen unterschiedliche Eigenschaften und Aspekte, die im Zusammenhang mit der Produktionsseite des Ökolandbaus in Brandenburg stehen, analysiert werden. Deswegen werden nicht nur agrarökologische Bedingungen und die allgemeine Entwicklung des Agrarsektors (Fläche, Eigentumsstruktur und Bodenmarkt) betrachtet, sondern auch die aktuellen Kennzahlen des Ökolandbaus in Brandenburg und die verschiedenen Förderinstrumente für die ökologische Wirtschaftsweise. Des Weiteren werden die besonderen Schwierigkeiten und Herausforderungen untersucht, mit denen die ökologische Produktion in Brandenburg konfrontiert ist. Im Vordergrund der Untersuchungen steht hierbei die Identifikation von expliziten Nachteilen für die ökologische Bewirtschaftungsweise. Der zweite Teil der Situationsanalyse (2.2) schlägt eine Brücke zur Nachfrageseite und widmet sich dem Spannungsfeld zwischen einer immer größer werdenden Berliner Nachfrage nach regionalen Bioprodukten und ansteigenden Bioimporten. Herausforderungen für die regionale Wertschöpfungskette werden so identifiziert und problematisiert.

2.1.1 Agrarökologische Bedingungen

Die Region Berlin Brandenburg ist mit durchschnittlich 500mm bis 650mm Niederschlag im Jahr im Vergleich zu anderen Bundesländern niederschlagsarm. Zugleich ist Brandenburg geprägt von zahlreichen Seen und Fließgewässern. Die Böden sind sandig, haben nur ein geringes Wasserhaltevermögen und sind überwiegend ertragsschwach (vgl. INKA BB 2015a). Nach einem Szenario des Brandenburger Landesumweltamtes werden sich die bisherigen agrarökologischen Bedingungen bis 2055 noch akzentuieren: „Die Jahresmitteltemperaturen werden um 1,4-3°C ansteigen, während die Niederschlagsmengen um 30-50mm abnehmen werden“ (INKA BB 2015a). Die Niederschlagsmenge wird im Sommer geringer werden, während sie gleichzeitig im Winter leicht zunehmen wird. Dies bedeutet, dass es besonders auf sandigen und grundwasserfernen Standorten zu verstärktem Wassermangel kommen wird. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Brandenburg wäre davon betroffen. Auch wird eine Zunahme der potentiellen Evaporation erwartet (vgl. EBD.). Der Landesbauernverband (LBV) befürchtet zusätzlich eine stärkere Belastung der landwirtschaftlichen Produktion durch Unkräuter, Pilze,

Insekten und die vermehrte Ausbreitung von Pflanzenkrankheiten (vgl. LBV BRANDENBURG 2007). Laut Forschern des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) verändern sich die Ertragserwartungen für Brandenburg in den nächsten 25 Jahren zunächst nur weniger stark. Ab 2040 rechnen die Forscher aber mit deutlichen Rückgängen im Vergleich zu den heutigen Erträgen, beispielsweise 15% bei Winterweizen und 16% bei Silomais (vgl. WECHSUNG ET AL. 2008). Die Prognose des Landesumweltamtes für die Landwirtschaft in Brandenburg fällt dementsprechend wenig positiv aus: „Wenn sich die Klimaerwärmung wie erwartet fortsetzt, dann drohen Brandenburg erhebliche Dürreperioden mit starken Einbußen für die Landwirtschaft“ (INKA BB 2015b).

Bei einer Befragung von Landwirten im Rahmen des Forschungsprojektes Innovationsnetzwerk Berlin Brandenburg (INKA BB), gaben 70% der Befragten an, bereits klimatische Veränderungen in ihrer pflanzenbaulichen Produktion wahrgenommen zu haben, die sie dem Klimawandel zuschreiben würden. Am häufigsten wurde eine Zunahme von Unwettern und Trockenperioden und das Aufkommen von Starkregenereignissen genannt (vgl. INKA BB 2015d). Eine große Mehrheit (74%) der Landwirte hat als Reaktion auf die veränderten klimatischen Bedingungen ihre Bewirtschaftungsweise bereits angepasst, indem beispielsweise die Bodenbearbeitung reduziert oder die Fruchtfolgen verändert wurden (vgl. EBD.).

Laut INKA BB weist der Ökolandbau in Brandenburg eine besondere Vulnerabilität gegenüber den negativen Konsequenzen des Klimawandels auf. Grund hierfür ist die betriebsinterne Stickstoffbereitstellung, die den Pflanzenbau bestimmt. Im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft ist der Ökolandbau auf die Erzeugung betriebseigener ökologischer Futtermittel angewiesen. Ernteverluste durch Extremwetterereignisse wie Trockenheit können nur begrenzt durch Futtermittelzukaufe kompensiert werden. Engpässe bei der Futtermittelerzeugung, beispielsweise bei Futterleguminosen, führen also zu einem geringeren N-Input in den Stoffkreislauf, wodurch der Stickstoffmangel wiederum verschärft wird (vgl. EBD. 2015c). Auf den ertragsarmen Böden in Brandenburg kann sich die Stickstoffversorgung für den Ökolandbau zugleich aber auch durch vermehrt erwartete Starkregenereignisse sehr verschlechtern: „Einerseits wird durch Wassermangel die mikrobielle Stickstoffmineralisation reduziert, andererseits erhöhen milde niederschlagsreiche Winter auch die Gefahr von Nitrat-Auswaschungsverlusten“, so die Befürchtungen (vgl. INKA BB 2015e).

2.1.2 Kennzahlen zu ökologisch bewirtschafteten Flächen & Bio-Betrieben

Das regierungspolitische Ziel in Deutschland ist, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Agrarfläche auf 20% zu erhöhen, dies jedoch ohne Zeithorizont. Momentan werden 6,5% der deutschen Landwirtschaftsfläche ökologisch bewirtschaftet (vgl. BÖLW 2015). Betrachtet man die zuletzt veröffentlichten Zahlen der BLE zum Ökolandbau in Deutschland, steht Brandenburg mit 10,48% ökologisch bewirtschafteter Fläche an dritter Stelle der Flächenländer. Nur das Saarland (12,3%) und Hessen (10,9%) weisen laut Statistik mehr relative Ökolandbaufläche auf (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Anteil der ökologisch bewirtschafteten LF 2013 in ha und der relative Anteile an LF in Prozent aufgeschlüsselt nach Bundesländern

Bundesland	ökologisch bewirtschaftete LF in ha	Relative Anteile an LF in %
Baden-Württemberg	121.454	8,5
Bayern	214.813	6,8
Berlin	319	16,0
Brandenburg	136.223	10,5
Bremen	818	9,6
Hamburg	1.128	7,8
Hessen	84.310	10,9
Mecklenburg-Vorpommern	124.923	9,3
Niedersachsen	75.039	2,9
Nordrhein-Westfalen	70.791	4,8
Rheinland-Pfalz	52.592	7,4
Saarland	9.598	12,3
Sachsen	36.192	4,0
Sachsen-Anhalt	55.980	4,8
Schleswig Holstein	40.157	4,1
Thüringen	36.332	4,7
Summe	1.060.669	6,3

Quellen: BUNDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG (BLE), 2013; AMI 2014; gefunden auf der Seite des Agrarberichtes Brandenburg 2012 (vgl. MLUL 2015a).

In Bezug auf die Betriebstypen (Anzahl und Flächennutzung) im Brandenburger Ökolandbau ergibt sich, dass von den in der Primärproduktion aktiven Ökolandbau-Betrieben über 40% als Futterbau-Betriebe einzuordnen sind. Etwas mehr als ein Viertel der Betriebe sind als Gemischt- und ca. 19% als Marktfrucht-Betriebe klassifiziert. Im Bereich der Dauerkulturen sowie im Obst- und Gemüsebau sind ungefähr 11% der Unternehmen aktiv. Betrachtet man die genutzte landwirtschaftliche Fläche, zeigt sich, dass die Futterbau-Betriebe knapp die Hälfte der Ökoland-

baulflächen bewirtschaften und die Gemischtbetriebe 30% der Fläche nutzen. Der Flächenanteil der Marktfruchtbetriebe liegt bei ca. einem Fünftel (vgl. MÜLLER 2011, S. 32).

Bei detaillierter Analyse der landwirtschaftlichen Betriebe und der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Brandenburg wird erkennbar, dass sowohl die Anzahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe als auch die ökologisch bewirtschaftete Fläche seit der letzten Agrarstrukturerhebung 2010 abgenommen haben (vgl. Tabelle 2). Betrug 2010 der Anteil der Ökolandbaubetriebe noch 12,4% aller landwirtschaftlichen Betriebe, sank der Wert 2013 auf 12,0%. Die Fläche sank relativ geringer, von 10,6% in 2010 auf 10,5% in 2013. Seit dem ersten Jahr der Erhebung (1999) war sowohl die Ökolandbaufläche als auch die Anzahl der Biobauern von Erhebung zu Erhebung bis 2010 gestiegen.

Tabelle 2: Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau von 1999 bis 2013 in Brandenburg

Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau 1999 bis 2013 im Land Brandenburg						
Jahr	Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche		
	Insgesamt	darunter ökologischer Landbau	Anteil	Insgesamt	darunter ökologischer Landbau	Anteil
	Anzahl		Prozent	Hektar		Prozent
1999	7 008	299	4,3	1 347 408	72 723	5,4
2001	6 914	423	6,1	1 343 012	95 821	7,1
2003	6 709	508	7,6	1 328 474	115 849	8,7
2005	6 668	581	8,7	1 336 335	131 431	9,8
2007	6 704	613	9,1	1 328 124	133 805	10,1
2010	5 566	690	12,4	1 323 691	140 795	10,6
2013	5 400	650	12,0	1 313 800	137 700	10,5

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AFS), Agrarstrukturerhebung 2013

Quelle: MLUL 2015b

Diese Entwicklung lässt sich auch in der folgenden graphischen Darstellung gut nachvollziehen:

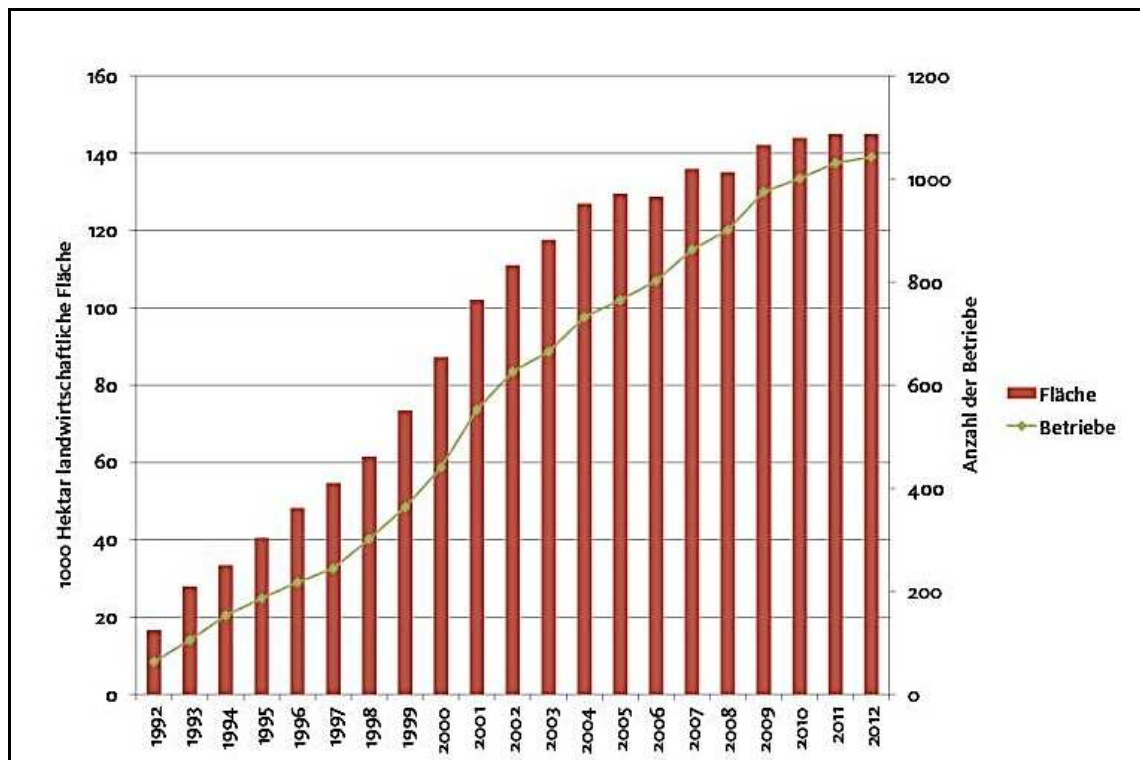


Abbildung 1: Anzahl der Ökobetriebe und der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Brandenburg zwischen 1992 und 2012

Quelle: FÖL 2015

Die relativen Zuwächse an Fläche und Betrieben im Zeitraum zwischen 2009 und 2012 waren geringer als in den Jahren zuvor. Die FÖL erläutert, dass ein Großteil der Öko-Flächen bereits in den 1990er Jahren umgestellt wurde und nur 11,7% der heutigen Öko-Fläche in den letzten zehn Jahren hinzukamen (vgl. FÖL 2014).

2.1.3 Allgemeine Entwicklungen im Agrarsektor

2.1.3.1 Eigentumsstruktur nach 1945

Die heutigen landwirtschaftlichen Strukturen in Brandenburg sind das Ergebnis historischer Entwicklungen und „nur vor diesem Hintergrund zu verstehen“ (MÜLLER 2011, S. 20). Zwischen Kriegsende und 1989 fanden auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg durch die Bodenreform 1949 grundlegende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse statt. Die nach 1945 beginnende Kollektivierung führte in mehreren Zwischenschritten bis zum Ende der DDR zu einer vorher nie dagewesenen horizontalen und vertikalen Konzentration von Produktions- und Wirtschaftseinheiten, die weit über den heute vorzufindenden Größen lagen (vgl. MÜLLER 2011). VOGEL und

STOLZE erklären diese Vorgänge: „Es gab ein breites Spektrum an Vermögensenteignungen durch die Staatsorgane der DDR. Dazu zählen neben den Enteignungen der Großgrundbesitzer in der Sonderbewirtschaftungszone als Voraussetzung für die Neuverteilung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und Forstflächen im Rahmen der Bodenreform, die als freiwillig deklarierte, tatsächlich aber häufig unter repressiven Druck erzwungene Einbringung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen im Rahmen der Kollektivierung und Zwangskollektivierung in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)“ (EBD. 2012, S. 1f). Aufgrund dieser Entwicklungen verfügt Brandenburg bis zur heutigen Zeit über, im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern, überdurchschnittlich große zusammenhängende Flächen. Während zum Beispiel ein landwirtschaftlicher Betrieb in Baden-Württemberg heute im Mittel etwa 31,5 ha groß ist, verfügt er in Brandenburg im Schnitt über 238 ha (vgl. MEISE 2014; vgl. AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG 2011).

2.1.3.2 Entwicklung der Pacht- und Kaufpreise nach 1989

„Wir könnten verdoppeln, verdreifachen, die Nachfrage in Berlin ist da, wie ein Schwamm. Die bestehenden Betriebe haben es noch nicht geschafft, die Nachfrage zu decken. Aber: Wir kommen nicht an Land ran.“

(Johannes Erz, Biojungbauer)

Ehemals volkseigene land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen in Brandenburg werden seit 1992, wie in den anderen Bundesländern der ehemaligen DDR, von der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) verwaltet, die auf Grundlage des Treuhandgesetzes¹ von Juni 1990 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen hatte (vgl. BUND 2015; vgl. MEISE 2014). Die BVVG hat im Auftrag der damaligen Bundesregierung und der ostdeutschen Bundesländer ca. 40% bzw. rund 1,1 Millionen Hektar der ostdeutschen LF zur Verwaltung übernommen, und verpachtet und verkauft sie nach und nach (vgl. THOMSEN 2013, S. 24). Die Privatisierung der BVVG-Flächen soll bis 2025 abgeschlossen werden (vgl. WAWRZYNIAK 2013). Seit der Wiedervereinigung wird in Brandenburg deshalb auch von einer „Zweiteilung des Bodenmarktes“ gesprochen: Einerseits gibt es Verkäufe und Verpachtungen durch die BVVG, andererseits den sonstigen Markt (Privatmarkt), der durch persönliche Verhältnisse zwischen Eigentümern und Käufern oder Pächtern geprägt ist (vgl. FORSTNER ET AL., 2011). Nach der Wiedervereinigung 1989/90 lagen die Kauf- und Pachtpreise in Brandenburg auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in der ehemaligen BRD.

¹ Dem sogenannten Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG).

Landwirtschaftliche Flächen wurden in Brandenburg auf privater Ebene mitunter für 1000 bis 3000 DM pro Hektar gehandelt. Gründe hierfür waren vor allem Informationsasymmetrien und persönliche Beziehungen zu LPG-Nachfolgeunternehmen. Die Pacht- und Kaufpreise der BVVG waren zu diesem Zeitpunkt ebenfalls sehr gering (vgl. FORSTNER ET AL. 2011). Nachdem die Bodenpreise über viele Jahre nur moderat anstiegen, sind sowohl die Preise für die Pacht, als auch für Landkäufe in Brandenburg seit der Preishausse auf den internationalen Agrarmärkten 2007/2008 stetig gestiegen (vgl. PACTSPIEGEL 2015). Abbildung 2 illustriert die Entwicklung der Kaufwerte je Hektar in verschiedenen Landkreisen Brandenburgs. In allen Regionen sind die Preise seit 2007 gestiegen, am stärksten in der Uckermark, am schwächsten in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße.

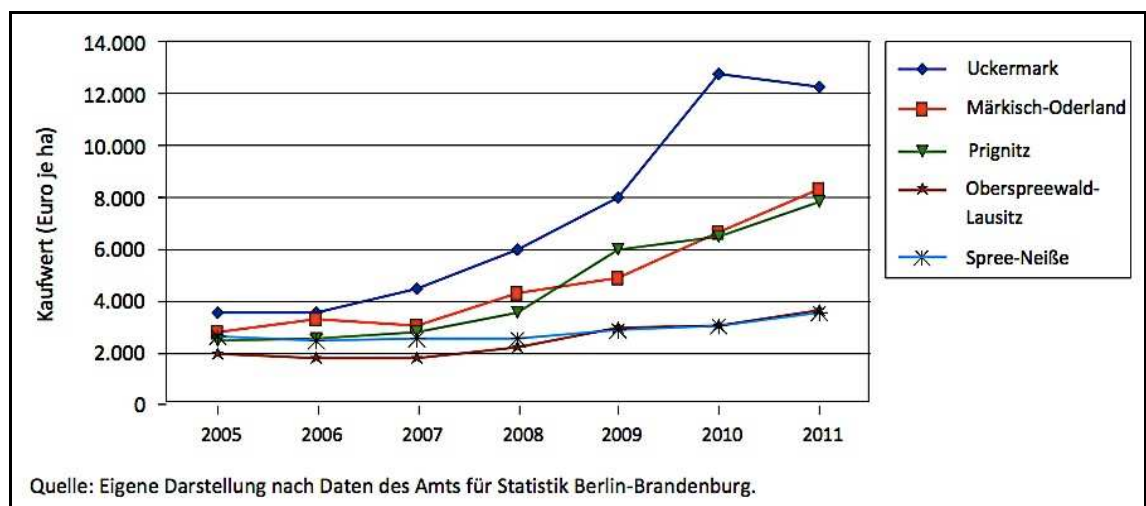


Abbildung 2: Entwicklung der Kaufwerte für LF in ausgewählten Landkreisen Brandenburgs

Quelle: FORSTNER UND TIETZ 2013, S. 90

Die Kaufpreise für von der BVVG verkaufte landwirtschaftliche Flächen in Brandenburg lagen im Jahr 2004 noch bei knapp 1500€ je ha, im Jahr 2010 kostete der Hektar durchschnittlich 7800€ und erreichte 2014 ca. 8530€ (vgl. SIEGMUND 2014).

Da zur Zeit über 70% der LF in Brandenburg gepachtet werden, spielen Pachtpreise eine zentrale Rolle. Zwischen 2010 und 2013 stiegen die Pachtpreise um durchschnittlich 23,5% pro Jahr an und haben damit bundesweit am stärksten zugenommen (vgl. SIEGMUND 2014). Für Flächen, die von der BVVG verpachtet wurden, ist die Steigerung der Pachtpreise noch wesentlich dramatischer: Die Bestandspachten erhöhten sich von 2010 zu 2013 um 153,5% bzw. kostete ein Hektar 2013 inzwischen 238€ Pacht pro Jahr, während er 2010 noch 155€ gekostet hatte.

Zwischen 2013 und 2014 sind die Pachtpreise um weitere 8% gestiegen und lagen nach Angaben der BVVG bei 257€ je ha (vgl. DETER 2015). Bei den BVVG-Neuverpachtungen stiegen die Hektarpreise um 132% von 237€ (2010) auf 314€ (2014) (vgl. SIEGMUND 2014; vgl. DETER 2015). Bei den Pachtpreisen gibt es also eine ähnliche Preisentwicklung wie bei den Kaufflächen: „Insgesamt besehen, sind [...] die Pachtpreise unabhängig von der Standortqualität im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen“ (MÜLLER 2011, S. 35f). Zudem ist die Bodenmobilität, also der Anteil der Flächen an der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Fläche, der pro Jahr den Besitz wechselt, in den letzten Jahren stark angestiegen, wie Abbildung 3 verdeutlicht. Bei jeder Neuverpachtung können die Pachten steigen. Wieder sind die Entwicklungen in Brandenburg je nach Landkreis unterschiedlich, aber die Tendenzen sind in allen Regionen gleich, wobei die Bodenmobilität in der Region Märkisch-Oderland mit über 3,5% am höchsten ist (vgl. FORSTNER ET AL. 2011).

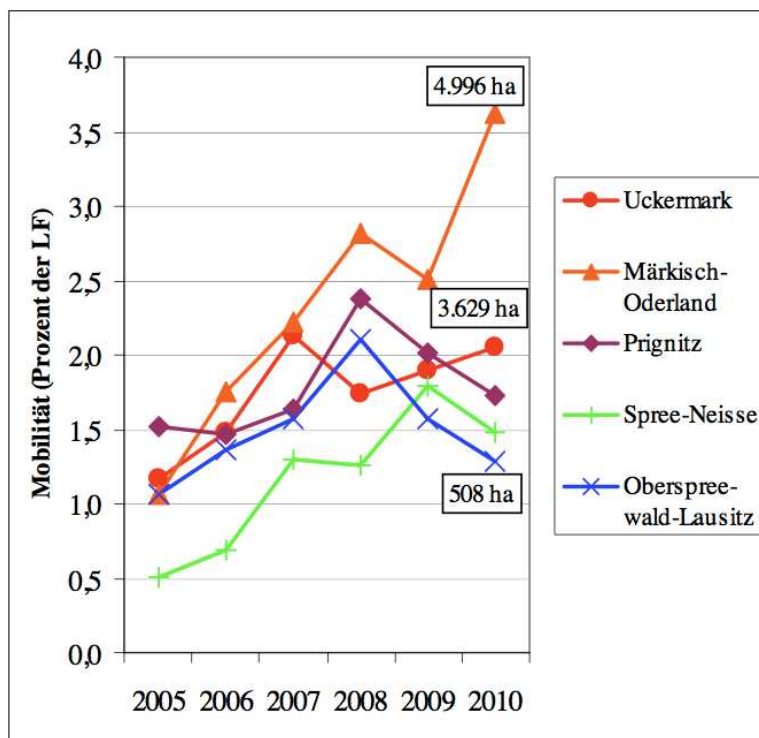


Abbildung 3: Entwicklung der Bodenmobilität in ausgewählten Landkreisen Brandenburgs

Quelle: FORSTNER ET AL. 2011, S. 51

Die Preise für LF sind in den letzten Jahren nicht nur in Brandenburg stark gestiegen, sondern weltweit. Gründe für die internationalen Preisanstiege von landwirtschaftlich genutzter Flächen und Agrarprodukten seit 2007 sind durch Klimakatastrophen verursachte Ernteauffälle, stark gesunkene Lagerbestände, sinkende Ertragszuwächse, und die steigende weltweite Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln,

sowie die Nutzung von Agrarprodukten für die Bioenergiegewinnung (vgl. FORSTNER ET AL. 2011). Gleichzeitig ist LF seit der Finanzkrise 2008/2009 auch in den Fokus internationaler außerlandwirtschaftlicher Investoren gerückt (vgl. BODENATLAS 2015). Während vor 2007 weltweit jährlich etwa 1,5 Mio. ha Landwirtschaftsfläche von privaten oder institutionellen nichtlandwirtschaftlichen Investoren erworben oder in Bewirtschaftung genommen wurden, waren es 2008 schon ca. 47 Mio. ha, davon etwa zwei Drittel in Afrika. Der Kreis der Investoren erweiterte sich dabei um Hedgefonds, staatliche Fonds sowie Versicherungsgesellschaften (vgl. FORSTNER ET AL. 2011). In den Interviews, die FORSTNER und TIETZ mit diesen Investoren geführt haben, wurde geäußert, dass bei dem derzeitigen Zinsniveau Investitionen in Boden erheblich renditeträchtiger sind als Finanzprodukte (vgl. FORSTNER UND TIETZ 2013). Weiter führten die Interviewten aus, dass Agrarflächen in Zeiten von wachsender Weltbevölkerung und steigender Nachfrage nach Nahrungsmitteln eine wertsichere Anlage seien (vgl. FORSTNER UND TIETZ 2013). Vor dem Hintergrund, dass Boden aufgrund seiner Unvermehrbarkeit und Immobilität ein besonderer Produktionsfaktor ist, steigen in Deutschland die Bodenpreise auch, weil jeden Tag eine Fläche von ca. 75 Hektar für die Landwirtschaft verloren geht, etwa durch Straßenbau oder andere Formen der Versiegelung (vgl. MEISE 2014; vgl. FORSTNER ET AL., 2011).

In einer im Rahmen des Bundesprogrammes Ökologischer Landbau (BÖLN) 2014 veröffentlichten Studie haben Wissenschaftler untersucht, ob bzw. inwiefern der Pachtmarkt in Deutschland² Ökobetriebe strukturell benachteiligt, denn „die Zupacht von Flächen [...] stellt eine der wesentlichen strategischen Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Betriebes dar“ (KÖGL UND RUDOW 2014, S.123).

Von den ca. 400 befragten Ökolandwirten gaben 30% an, dass sie schlechte Erfahrungen in Pachtangelegenheiten gemacht hätten, und zwar hauptsächlich beim Abschluss von neuen und bei der Verlängerung bestehender Pachtverträge. Konkret wurden steigende Pachtpreise und die Abnahme von verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen, aber auch die Konkurrenz durch die Produktion von Bioenergie und die Rivalität zu konventionellen Landwirten genannt (vgl. KÖGL UND RUDOW 2014). Ökobetriebe sind besonders benachteiligt, weil sie aufgrund geringerer Erträge pro Hektar für vergleichbare Erträge größere Flächen als konventionelle Landwirte und gleichzeitig eine langfristige Pachtzeit benötigen, um die Abstimmung mit anderen vertraglichen Pflichten, wie beispielsweise einer Öko-Förderung, entgegenkommen zu können. Besonders wichtig ist dieser Zusammenhang für Umsteller von konventioneller zu ökologischer Bewirtschaftung, die an einen zeitlichen Horizont der Verpachtung

² Untersucht wurden die Regionen Unterfranken, Raum Lüneburg, Oberbayern, Ost-Mecklenburg-Vorpommern und der Raum Freiburg

gebunden sind, weil ihre Erträge in den ersten Jahren noch nicht als ökologische Erzeugnisse verkauft werden dürfen (vgl. KÖGL UND RUDOW 2014).

Problematisch sehen die Landwirte auch die Intransparenz der Pachtmärkte: „[Es] entsteht Unsicherheit darüber, welcher Pachtpreis angemessen ist. Die Intransparenz wird noch dadurch erhöht, dass nicht nur sachlich begründete Faktoren – Ertragsfähigkeit, Kosten und Preise – zu berücksichtigen sind, sondern auch politische Eingriffe, wie Flächenprämien, Zahlungsansprüche und Förderung von Bioenergie“ (KÖGL UND RUDOW 2014, S. 128). Beanstandet wird auch, dass gerade bei vielen institutionellen und öffentlichen Verpächtern nicht ersichtlich ist, nach welchen Kriterien der Zuschlag bei der Verpachtung erfolgt (vgl. KÖGL UND RUDOW 2014). In Ostdeutschland³ so das Fazit der Studie, wird das Themenfeld Pacht- und Bodenmarkt im Vergleich mit anderen Hemmnissen wie zu geringe Preise und Förderungen oder zu hohem Aufwand für Nachweise und Kontrollen in der Befragung als wichtigstes Thema für die zukünftige Entwicklung des Betriebes eingeschätzt (vgl. KÖGL UND RUDOW 2014).

2.1.3.3 Rolle der BVVG⁴

„Die Biobetriebe sind von den Preissteigerungen besonders bedroht, da diese gegenüber konventionellen Betrieben meist ertragsschwächer sind. Dabei brauchen wir mehr statt weniger Biofläche, denn die Nachfrage hierzulande nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln übersteigt das inländische Angebot. Bei der Bodenfrage gilt es anzusetzen, um die heimische Biolandwirtschaft nachhaltig zu stärken.“
(GREFF 2013, S. 15).

Veräußerungen von LF durch die BVVG stehen in der Kritik: „Die relativ zum Ausgangswert sehr starke Preisentwicklung in den neuen Bundesländern resultiert vor allem aus einem deutlich überdurchschnittlichen Anstieg der BVVG-Verkaufspreise. [...] Gefragt nach den Ursachen für die steigenden Bodenpreise, führen neun von zwölf Landwirten (und auch Vertretern der Verwaltung) die Verkaufspraxis der BVVG als entscheidende Ursache an“ (FORSTNER ET AL. 2011, S. 149). Seit 2007 praktiziert die

³ Bei den regionalspezifischen Tendenzen lassen sich die Ergebnisse für Ost-Mecklenburg-Vorpommern auf die Region Brandenburg gut übertragen: Agrarstruktur, Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche (10,7%) und Pachtpreisniveau in Mecklenburg-Vorpommern sind mit denen Brandenburgs zu vergleichen. Ebenso ist die geringe Eigentumsquote an Flächen der Biolandwirte vergleichbar (vgl. KÖGL UND RUDOW 2014). Wie in Brandenburg verkauft und verwaltet die BVVG in Mecklenburg-Vorpommern landwirtschaftliche Flächen (vgl. KÖGL UND RUDOW 2014).

⁴ Die Vergaberegeln durch die BVVG wurden inzwischen geändert (Stand: 29.07.15; vgl. [Pressemitteilung](#) des BMEL vom 01.07.15).

BVVG eine neue Privatisierungspraxis. Ihre ehemalige Vergabepolitik wurde als unfair kritisiert, da sie bis 2007 nur an diejenigen Land vergab, die bereits welches besaßen. Nach einer Rüge der EU in 2007 wird das Land an den Meistbietenden versteigert (vgl. MEISE 2014). Seitdem hat sich das Preisniveau aber deutlich erhöht: „Die seit 2007 von der BVVG verfolgte neue Privatisierungspraxis hat zu der deutlichen Preissteigerung [in Ostdeutschland] beigetragen“ (FORSTNER ET AL. 2011, S. 139). Die in der Vergabep Praxis von 2007 festgelegten Privatisierungsgrundsätze sollen Regelungen bieten, die den Erwerb langfristig gepachteter Flächen durch die gegenwärtigen Pächter erleichtern. Dieser Plan ist aus Sicht der Betroffenen aber nicht aufgegangen: „Betriebe mit einem noch hohen Bestand an Pachtflächen bei der BVVG – dies sind vor allem die LPG-Nachfolger und ein Teil der Öko-Betriebe, die hohe Bestände an Arbeitskräften und Vieh aufweisen – äußern ein Gefühl der Bedrohung durch die BVVG-Verkaufspolitik. Sie seien vor die Wahl gestellt, die Flächen im Direkterwerb überteuert zu kaufen, sie mit unsicheren Aussichten (und ebenfalls überteuert) kurzfristig weiter zu pachten oder sie durch Ausschreibung an Konkurrenten zu verlieren“ (FORSTNER ET AL. 2011, S. 88).

Der Geschäftsführer der BVVG, Schulz, weist den Vorwurf einer marktbeherrschenden Rolle der BVVG für den ostdeutschen Bodenmarkt aber zurück. Nach seiner Darstellung „macht der Anteil der BVVG an den landwirtschaftlichen Bodenverkäufen in den neuen Bundesländern lediglich [...] zwischen 12% und 15% aus. Zudem verfüge die Gesellschaft heute gerade noch über [wenige Prozentpunkte] der landwirtschaftlichen Nutzfläche [...], so dass von einer marktbeherrschenden Stellung der BVVG eigentlich keine Rede sein könne“ (PROPLANTA 2015). Tatsächlich ist der Einfluss der BVVG heutzutage nicht mehr so hoch wie in den Nachwendejahren. Anfang 2014 war die BVVG noch im Besitz von etwas mehr als 5% der LF in Brandenburg, exklusive der verpachteten Flächen⁵. 2013 betrug der Anteil der von der BVVG veräußerten Flächen aber noch 38% aller Bodenverkäufe, so dass diese den Markt deutlich beeinflusste (vgl. SIEGMUND 2014).

Widersprüche eröffnen sich auch bei der Frage nach der Preisbildung der Flächen: „Schulz verwahrte sich auch gegen den von Kritikern geäußerten Vorwurf der Preistreiberei und verwies auf die klaren Grundlagen des bei Ausschreibungen der BVVG verwendeten Vergleichspreissystems. Dabei werde der Wert eines Objektes in vergleichbarer Lage, Qualität und Zuschnitt abgebildet, der voraussichtlich in einem offenen Angebotsverfahren erzielt werden könnte“ (PROPLANTA 2015). Laut Prof. Hüttel

⁵ Leider wird in den Erhebungen nicht erfasst, wie viele Pachtflächenanteile prozentual von der BVVG verpachtet werden (vgl. SIEGMUND, 2014).

von der Universität Rostock hätten die Preise der BVVG aber durchschnittlich um 18% über dem mittleren Preisniveau der Region gelegen (vgl. EBD. 2015). FORSTNER ET AL. berichten sogar von Kaufpreisen der BVVG, die 50 bis 80% über den Preisen der privaten Verkäufe liegen (vgl. EBD. 2011). In der Uckermark beispielsweise wird das aktuell erreichte Preisniveau inzwischen „von vielen Betriebsleitern, Beratern und anderen Experten bereits als (deutlich) zu hoch erachtet, weil es nach deren Ansicht aus der normalen landwirtschaftlichen Produktion nicht erwirtschaftet werden kann“ (FORSTNER ET AL. 2011, S. 87). Laut FORSTNER ET AL. sieht auch das Landwirtschaftsministerium in Brandenburg die Preisentwicklung inzwischen als problematisch: „Die Preise würden weit schneller steigen als die Renditeerwartung der Betriebe. Bodenkäufe [...] seien dennoch notwendig zur Sicherung der Existenzgrundlage; dies gehe aber zu Lasten von Liquidität und Stabilität der Betriebe und könne zumindest die wirtschaftlich schwächeren Betriebe in ihrer Existenz gefährden“ (EBD. 2011, S. 68). In einem Vortrag zum Thema „Landgrabbing in Brandenburg“ bringt es der Naturland-Berater Carlo Horn auf den Punkt: „14.000€ [pro Hektar] für 18 Bodenpunkte, das lässt sich [durch Landwirtschaft] gar nicht mehr refinanzieren“ (HEINRICH-BÖLL STIFTUNG BRANDENBURG 2014). Die Gründe hierfür sehen FORSTNER ET AL. u.a. in der öffentlichen Ausschreibung attraktiver Flächen der BVVG im Internet, die über die Region hinaus Interessenten anziehe und in der Veröffentlichung der in Ausschreibungen erzielten Preise, die von Bietern als Richtschnur für Gebote in folgenden Ausschreibungen wahrgenommen würden. Die von der BVVG erzielten Preise haben auch Einfluss auf den privaten Bodenmarkt, „da die veröffentlichten Preise als Orientierungswert herangezogen würden“ (FORSTNER ET AL. 2011, S. 89f).

Problematisch für Ökolandwirte ist ebenfalls die Größe der Lose, die die BVVG ausschreibt, und die in den letzten Jahren stetig gestiegen sind. Betrug die Lose 2008 noch durchschnittlich 15 ha LF, so waren es 2010 im Schnitt schon 22 ha landwirtschaftlicher Fläche (vgl. FORSTNER ET AL. 2011). In den Privatisierungsgrundsätzen der BVVG heißt es dazu: „Um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden, sollen arbeitsintensiven Betrieben, zu denen auch die ökologisch wirtschaftenden zählen, pro Jahr 5000 Hektar beschränkt zum Kauf und zur Pacht angeboten werden. Die BVVG veräußert Flächen tatsächlich aber nur noch in Blöcken von 50 bis 100 Hektar, für den Höchstbietenden. Bei aktuellen Bodenpreisen [...] [ist das] ein aussichtsloses Versprechen“ (WAWRZY尼亚K 2013, S. 31). „Für die nächsten Jahre ist weder bei den Kaufwerten noch bei den Pachtpreisen mit einer nachhaltigen Entspannung zu rechnen“ (SIEGMUND, 2014), lautet denn auch die von vielen Experten geteilte Einschätzung.

2.1.3.4 Konkurrenz durch die Förderung der Bioenergieerzeugung

Wie bereits in der Studie von Kögl und Rudow (2014) erwähnt, nennen auch die meisten anderen Quellen den Anbau bzw. die politische Förderung von Bioenergiepflanzen als zentralen Grund für die Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Flächen in Brandenburg und somit als Konkurrenzfaktor für den ökologischen Landbau. Seit der Novellierung des EEG 2004 mit der eine hohe Einspeisevergütung für Biogas-erzeugung beschlossen wurde, haben Bioenergiepflanzen zwei ökonomische Vorteile gegenüber dem Ökolandbau: Sie garantieren eine längere Planungssicherheit, da die Einspeisevergütung für die nächsten 15 bis 20 Jahre gewährt wird und sie werden durch flächengebundene EU-Agrarsubventionen in Kombination mit der EEG-Vergütung von Biogas unterstützt (vgl. FORSTNER ET AL. 2011, S. 38). Nach Berechnungen des Thünen-Instituts kann mit dem Anbau von Silomais für Biogasanlagen im Vergleich zum ökologischen Landbau ein zusätzlicher Gewinn von bis zu 2000€ pro Hektar erwirtschaftet werden (vgl. WIMMER 2014, in OTTO 2014): „In Brandenburg hat der Maisanbau zu Energiezwecken in der Vergangenheit stark zugenommen. Von 2005 bis 2009 hat die Anbaufläche um über 36% zugenommen“ (KLÜTER 2011, S. 60). Zugleich hat die Energiegewinnung durch Biomasse zu einem Verlust von ca. 13% der allgemeinen landwirtschaftlichen Nutzfläche für die Lebensmittelproduktion geführt (vgl. GREFF 2013). Diese Entwicklung führt zu verstärkter Flächenkonkurrenz zwischen konventionellen Betrieben mit Energiepflanzenanbau und ökologisch wirtschaftenden Betrieben und zu einem erhöhten Preisdruck, dem ökologische Betriebe aufgrund der ökonomischen Vorzüglichkeit des Energiepflanzenanbaus schwer standhalten können (vgl. SANDERS ET AL. 2012; vgl. SCHULTZE 2011)⁶.

2.1.3.5 Konkurrenz durch außerlandwirtschaftliche Investoren

Eine spezielle Herausforderung für den Ökolandbau in Brandenburg, die sowohl mit der Förderung der Bioenergie als auch mit der Vergabepaxis der BVVG zusammenhängt, wird in dem vermehrten Auftreten außerlandwirtschaftlicher Investoren⁷ auf dem

⁶ Inwiefern die EEG-Novelle 2014 eventuell den ökonomischen Vorteil der Bioenergie gegenüber dem Ökolandbau verringern wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

⁷ FORSTNER ET AL. verstehen darunter: „Personen oder Institutionen, ...

1. ...die gegenwärtig und zukünftig selbst keine Landwirtschaft betreiben, kaufen Flächen, die dann auf dem Pachtmarkt zur Bewirtschaftung angeboten werden, oder unterstützen Flächenkäufe durch Kapitalbereitstellung.

2. ...die quereinsteigen und künftig Landwirtschaft betreiben wollen, kaufen oder pachten Flächen und bewirtschaften diese selbst bzw. durch einen Verwalter.

Agrarmarkt gesehen. Problematisch für die (ökologische) Landwirtschaft ist die oftmals auf chemie-intensive Bioenergieproduktion ausgerichtete Produktion vieler außerlandwirtschaftlicher Investoren (vgl. FORSTNER ET AL. 2011). Die flächenmäßig größten nichtlandwirtschaftlichen Investoren in Brandenburg (Steinhoff Familienholding GmbH, JLW Holding AG, KTG Agrar AG) haben ihren Produktionsschwerpunkt in der Biogasproduktion. KTG Agrar plant ein Flächenwachstum von 10% pro Jahr und ein besonders starkes Wachstum bei der Biogasproduktion (vgl. FORSTNER ET AL. 2011). Mais-Monokulturen werden zwar auch von landwirtschaftlichen Betrieben errichtet, aber: „Die Biogaserzeugung ist stark durch nichtlandwirtschaftliche Investoren beeinflusst“ (FORSTNER ET AL. 2011, S. 92). Die meisten der außerlandwirtschaftlichen Investoren in Brandenburg, die wie die Landwirte von den EU-Flächenprämien profitieren, sind börsennotierte Aktiengesellschaften aus der ehemaligen BRD und werden oftmals mit Kapital aus anderen Branchen versorgt.

Die Rahmenbedingungen sind günstig. Zwar steigen, wie bereits dargelegt, die Preise für Land sehr schnell, aber absolut liegen die Preise in Brandenburg immer noch wesentlich unter den Bodenpreisen der alten Bundesländer (vgl. FORSTNER UND TIETZ 2013). Die Investoren haben überwiegend bereits in den 1990er Jahren begonnen LF in Brandenburg zu kaufen, aber seit einigen Jahren übernehmen sie verstärkt weitere Betriebe (vgl. FORSTNER ET AL 2011): „Die bestehenden landwirtschaftlichen Unternehmen kommen durch nicht- landwirtschaftliche Investoren tendenziell unter Druck, weil letztere am Bodenmarkt durch ‚Kampfpreise‘ bei Ausschreibungen eine starke Flächenkonkurrenz darstellen. Hiervon sind insbesondere LPG-Nachfolgeunternehmen und Öko-Betriebe betroffen, die bisher keine oder nur wenige BVVG-Flächen gekauft haben und sich jetzt die teuren Fläche sichern müssen [...]. Die finanzielle Belastung durch den erzwungenen Bodenkauf [...] schränke deren Investitionsmöglichkeiten in anderen Bereichen (z.B. Veredlung, Technik) ein. Der Anteil der von nichtlandwirtschaftlichen Investoren erworbenen Flächen, variiert zwischen 10 und 25% der gehandelten Fläche, wobei für einige Gemeinden bis zu 50% genannt werden. In der [...] Region Uckermark ist ca. die Hälfte der untersuchten landwirtschaftlichen GmbH [...] im Eigentum von nichtlandwirtschaftlichen Investoren“ (FORSTNER UND TIETZ 2013, S. 61). Willi Lehnert vom Bündnis „Junge Landwirtschaft“

3. ...die selbst Landwirtschaft betreiben, kaufen aus Sicherheits- und Renditegründen Flächen in einer anderen Region, die sie nicht selbst bewirtschaften wollen, und bieten diese zur Pacht an.

4. ...die selbst Landwirtschaft betreiben, kaufen oder pachten umfangreiche Flächen in verschiedenen Regionen und bewirtschaften diese auch selbst (durch Verwalter), ohne dass diese Personen oder Institutionen als regionsverbundene Bewirtschafter wahrgenommen werden“ (EBD. 2011, S. 3f)

verdeutlicht die Konzentration außerlandwirtschaftlicher Investoren im Landkreis Oderbruch, wo 20% der Flächen von nur drei Investorengruppen bewirtschaftet werden (vgl. HEINRICH BÖLL-STIFTUNG BRANDENBURG 2014).

Um gegen eine Landkonzentration in den Händen weniger (außerlandwirtschaftlicher) Investoren vorzugehen, gibt es das Grundstückverkehrsgesetz (GrdstVG): „Nach § 2 des GrdstVG bedarf der Verkauf eines landwirtschaftlichen Grundstücks grundsätzlich einer Genehmigung. Diese darf nur aus bestimmten Gründen versagt werden, wobei in der Praxis die ‚ungesunde Verteilung von Grund und Boden‘ (Verkauf an einen Nichtlandwirt) der wichtigste Versagungsgrund ist“ (FORSTNER ET AL. 2011, S. iii). In den letzten Jahren hat die Anzahl der Prüfungen aufgrund des GrdstVG stark zugenommen – was auf ein erhöhtes Interesse von Nichtlandwirten an landwirtschaftlichen Flächen schließen lässt. Auch Geschäfte der BVVG unterliegen der Genehmigungspflicht durch das Grundstückverkehrsgesetz (vgl. EBD. 2011). Nach Meinung von Experten hat das GrdstVG zwar eine präventive Wirkung, aber Defizite in der Umsetzung, da es den Kauf ganzer Betriebe und von Geschäftsteilen nicht unterbinden kann. Außerdem sind „die Investoren mittlerweile rechtlich längst selbst Landwirte im Sinn des Grundstückverkehrsgesetzes, und großenteils haben sie auch Ansprüche auf Direktkauf von langfristig gepachteten BVVG-Flächen“ (FORSTNER ET AL. 2011, S. 17). „Der [...] Befürchtung einer Rückkehr zu Strukturen, die sich dem Großgrundbesitz im 19. Jahrhundert annähern, kann daher nicht gänzlich widersprochen werden“ lautet somit auch das Fazit von FORSTNER UND TIETZ (EBD. 2013, S. 75). Auch Willi Lehnert befürchtet, dass bei den aktuellen Niedrigzinsen kapitalstarke außerlandwirtschaftliche Investoren weiterhin Land kaufen werden (vgl. HEINRICH BÖLL-STIFTUNG BRANDENBURG 2014).

2.1.4 Förderungen für den Ökolandbau

Die EU-Agrarsubventionen machen rund 45% des EU-Haushaltes aus. Insgesamt stehen für die Agrarförderung in Deutschland von 2014 bis 2020 jährlich ca. 6,3 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung. Die EU-Förderung der Landwirtschaft fußt auf zwei Säulen: Die 1. Säule beinhaltet die direkten vom Betriebstyp unabhängigen Einkommensübertragungen für alle Betriebe, die, bei Erfüllung der jeweiligen Standards ("cross compliance"), je Hektar landwirtschaftlicher Fläche gewährt werden. Im Durchschnitt machen diese Zahlungen in Deutschland rund 40% des Einkommens der Betriebe aus. Ein Drittel dieser Direktzahlungen werden im

Rahmen des sogenannten Greenings⁸ an die Einhaltung bestimmter, dem Klima- und Umweltschutz förderlichen Landwirtschaftsmethoden gebunden, die über die bereits geltenden Cross-Compliance-Standards noch hinausgehen. Öko-Betriebe sind „green by definition“ und somit von den Greeningauflagen befreit. Die 2. Säule der EU-Agrarsubventionen umfasst Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums, darunter die Agrarumweltprogramme. Für die zweite Säule stehen seit 2014 in Deutschland jährlich rund 1,3 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung, die mit weiteren nationalen Mitteln kofinanziert werden müssen. Innerhalb der Agrarumweltprogramme gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen, die zum Teil ausschließlich auf den Öko-Landbau ausgerichtet sind. Eine spezielle Fördermaßnahme für den Öko-Landbau ist die flächenbezogene Umstellungs- und Beibehaltungsförderung im Förderprogramm ELER für die Entwicklung des ländlichen Raums (vgl. BÖLW 2012; vgl. UBA 2014; vgl. ÖKOLANDBAU.DE 2015a).

Auf Grundlage des Gesetzes über die "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) haben sich Bund und Länder im nationalen Strategieplan für die Entwicklung ländlicher Räume 2015 - 2018 auf einen gemeinsamen Rahmenplan festgelegt, der die Förderung ökologischer Anbauverfahren bestimmt. Die Durchführung und Umsetzung von EU-Verordnungen und Bundesgesetzen obliegt den Bundesländern. Bei der Umsetzung der Agrar-Förderprogramme haben die Bundesländer aufgrund dieses Subsidiaritätsprinzips gewisse Gestaltungsspielräume. Deshalb sind auch die Öko-Förderprämien in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich hoch. Zu den Prämien gehören die Förderung von Umstellung und Beibehaltung der ökologischen Wirtschaftsweise sowie die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Weiterhin gibt es öffentliche Förderungen in den Bereichen Aus- und Fortbildung in der Landwirtschaft, Information sowie Beratung (vgl. NIEBERG ET AL. 2011).

2.1.4.1 Flächenprämien und andere Zuschüsse

Gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern hatte Brandenburg in der Förderperiode 2007-2013 eine Flächenprämie von 150€ je ha für Grünland und Ackerflächen und damit die niedrigste Flächenprämie aller Bundesländer für die fünfjährige Einführungsperiode ökologischer Anbauverfahren. Auch bei den Gemüseflächen

⁸ Voraussetzung zum Erhalt der Greeningprämie sind Anbaudiversifizierung, Erhaltung des bestehenden Dauergrünlandes und Ausweisung einer Flächennutzung im Umweltinteresse (Bereitstellung von ökologischen Vorrangflächen auf 5% des Ackerlandes). Die „Greeningprämie“ wird jährlich als bundesweit einheitliche Prämie berechnet und ist für 2015 mit ca. 87€ je Hektar kalkuliert.

(340€/ha) und den Dauerkulturflächen (640€/ha) bewegen sich die Prämien in Brandenburg im unteren Bereich (vgl. NIEBERG ET AL. 2011). In vielen Bundesländern bekommen die Landwirte innerhalb der ersten zwei Jahre der Umstellung höhere Prämien als im 3. bis 5. Jahr, da die Umstellung auf ökologischen Landbau einen höheren Produktionsaufwand und meist niedrigere Erträge pro Hektar im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft mit sich bringt. Zudem dürfen die Produkte erst nach einer mehrjährigen Umstellungszeit als Bio-Ware vermarktet werden. In Brandenburg betrug die Umstellungsprämie zwischen 2007 und 2010 in den ersten fünf Jahren einheitlich 137€. Mit 137€ je ha war auch die Beibehaltungsprämie für Acker- und Grünlandflächen in Brandenburg der geringste Wert im Vergleich mit den anderen Bundesländern (vgl. NIEBERG ET AL. 2011). 2010 wurde die Umstellungsförderung zudem für drei Jahre lang ausgesetzt (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 2011).

Neben den Flächenprämien gab es die Möglichkeit einer Unterstützung durch die einzelbetriebliche Investitionsförderung. Seit 2007 wurden konventionell und ökologisch wirtschaftende Betriebe in Brandenburg mit maximal 25% der Investitionssumme in gleicher Weise gefördert (vgl. NIEBERG ET AL. 2011). Förderungen gab es auch im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung von Ökolebensmitteln. Hierunter fielen beispielsweise die Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen und von an diese gebundenen Unternehmen, sowie Maßnahmen im Bereich der Projektförderung (vgl. NIEBERG ET AL. 2011). Zwischen 1996 und 2007 gab Brandenburg insgesamt 228.000€ für Maßnahmen im Bereich der Ökoverarbeitung und –vermarktung sowie für Kommunikations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Ökolebensmittel aus. Nur Sachsen-Anhalt, das Saarland und die Stadtstaaten Bremen und Berlin gaben im gleichen Zeitraum für die gleichen Zwecke weniger aus (vgl. NIEBERG ET AL. 2011).

Seit 2014 wird der Ökolandbau im Rahmen der neuen Richtlinie des Landwirtschaftsministeriums in Brandenburg zur „Förderung umweltgerechter landwirtschaftlicher Produktionsverfahren und zur Erhaltung der Kulturlandschaft der Länder Brandenburg und Berlin (KULAP)“ gefördert (vgl. MLUL 2014a)⁹. Die Bundesländer haben die Fördersätze für 2015 bis 2018 im Vergleich zur vorherigen Förderperiode erhöht. In Brandenburg wird die für alle Betriebe geltende Basisprämie, die die bisherige Betriebsprämie ersetzt, für 2015 derzeit auf 160€ je Hektar geschätzt. Ab 2017 bis 2019 sollen die bisher je nach Bundesland unterschiedlichen Basisprämien auf eine bundesweit einheitliche Prämie pro Hektar angepasst werden (vgl. MLUL 2015b).

⁹ Viele Details der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 für den Ökolandbau sind laut Selbstauskunft des Ministeriums noch in Arbeit (vgl. Webseite MLUL; Stand: 15.06.15).

Weiterhin gibt es zusätzliche Flächenprämien für den ökologischen Landbau. Wie Tabelle 3 illustriert, steigen die Förderprämie für den Ökolandbau. Trotzdem hat Brandenburg auch in der neuen Förderperiode den niedrigsten Prämiensatz aller Bundesländer.

Tabelle 3: Fördersätze für den Ökolandbau in Brandenburg ab 2014 in €

Kulturart	1.-2. Jahr	3.-5. Jahr	Ab 6. Jahr (Beibehaltung)
Ackerland	209	209	209
Grünland	210	210	210
Gemüse	415	415	415
Kern- und Steinobstanlagen	750	750	750
Sonstige Dauerkulturen (Beeren, Waldobst)	655	655	655

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ÖKOLANDBAU.DE 2015b

Einen Kontrollkostenzuschuss, den es in den meisten anderen Bundesländern gibt, gab es weder im vorherigen Förderzeitraum noch ist er in der aktuellen Periode vorgesehen (vgl. NIEBERG ET AL. 2011; vgl. ÖKOLANDBAU.DE 2015a). Im Rahmen der Investitionsrichtlinie gibt es seit der neuen EU-Förderperiode für alle Landwirte eine Basisförderung von 20% der Investitionen und eine sogenannte Premiumförderung von 40%, die nur für Betriebe mit Tierhaltung gilt, die ihre Tiere besonders artgerecht halten (vgl. BAUERNZEITUNG ONLINE 2014). Mit der neuen Förderperiode gibt es eine Zusatzförderung für Junglandwirte. Diese Zahlungen erhalten Landwirte unabhängig von der Bewirtschaftungsweise bis zu einem Alter von 40 Jahren, die sich erstmals als Betriebsinhaber niederlassen oder während der fünf Jahre vor der Basisprämienregelung niedergelassen haben. Sie beträgt ca. 44 Euro je Hektar und wird für maximal fünf Jahre nach der erstmaligen Betriebsübernahme gewährt.

Bezüglich einer Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsförderung gibt es im Rahmen der neuen Förderperiode neben einer speziellen Förderung von Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse ein neues Instrument: Die „Europäische Innovationspartnerschaft Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (European Innovation Partnership (EIP-AGRI)). Laut FÖL wird durch dieses Programm der Branche bzw. einzelnen Marktakteuren ermöglicht, Lücken in der Wertschöpfungskette für den Berliner Markt mit verkaufsfähigen Bio-Produkten aus regionaler Produktion in Brandenburg anzugehen bzw. sogar zu schließen (vgl. FÖL

2014). Nach Aussagen des Brandenburgischen Landwirtschaftsministeriums befindet sich die Richtlinie für die EIP zur Zeit in Vorbereitung (vgl. MLUL 2015c).

2.1.4.2 Förderung von Beratung & Ausbildung

Die Gestaltung der staatlichen Beratungsangebote liegt ebenfalls in den Händen der Bundesländer. In der vergangenen Förderperiode 2007-2013 gab es für bestehende Ökolandwirte in Berlin und Brandenburg weder staatliche Beratungsangebote noch wurden private Beratungsanbieter finanziell unterstützt (vgl. NIEBERG ET AL. 2011). Bis 2013 hatten konventionell wirtschaftende Landwirte lediglich die Möglichkeit, eine individuelle Beratung zur Umstellung auf ökologischen Landbau von einem bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) registrierten Berater in Anspruch zu nehmen. Auch Beratungen von landwirtschaftlichen Unternehmen, die sich bereits in der Umstellung befanden, wurden gefördert (vgl. MLUL 2015d). Eine spezielle Förderung der Beratung für Ökolandwirte unter der Förderperiode 2014 bis 2020 wird auf der Internetseite des Landwirtschaftsministeriums (bisher) nicht angegeben.

Aus- und Fortbildung zum ökologischen Landbau leisten indirekt einen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die ökologische Erzeugung. Aufgrund der Bildungshoheit der Länder sind auch hier die jeweiligen Aktivitäten sehr verschieden. Insgesamt haben die Lehrangebote zum ökologischen Landbau in den letzten 15 Jahren eine kontinuierliche Ausdehnung erfahren. So enthalten mittlerweile die meisten Ausbildungsgänge einzelne Module zum ökologischen Landbau. Einen eigenen akademischen Studiengang zum ökologischen Landbau bzw. zur ökologischen Lebensmittelwirtschaft bietet in Brandenburg die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung (HNE Eberswalde) (vgl. NIEBERG ET AL. 2011).

2.1.4.3 Förderungen in der landwirtschaftlichen Praxis

Laut NIEBERG ET AL. spielt die finanzielle Förderung für die Landwirte eine große Rolle: Gefragt nach dem Stellenwert der Förderung, sagen bundesweit 59% der befragten Betriebsleiter, dass die Ökopremien sehr wichtig für die Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes seien. Weitere 32% schätzen sie als „wichtig“ ein (vgl. NIEBERG ET AL. 2011). Diese Ergebnisse decken sich auch mit Studien des BÖLW (vgl. ebd. 2012). Dass Brandenburg in der letzten und aktuellen Förderperiode insgesamt die niedrigsten Prämien im Vergleich mit den anderen Bundesländern (ge)zahlt (hat), wurde bereits

analysiert. Die ebenfalls geringe finanzielle Unterstützung im Bereich Verarbeitung und Vermarktung war auch Thema der Studie von SCHRAMEK UND SCHNAUT, der zufolge die Untersuchungsregion Brandenburg ihre Vermarktungschancen aufgrund mangelnder finanzieller Unterstützung besonders in der Direktvermarktung eher schlecht einschätzt (vgl. EBD. 2004). Die erhöhten Fördersätze der neuen Förderperiode können also auch als eine Reaktion auf die inzwischen mangelnde ökonomische Vorzüglichkeit des Ökolandbaus im Vergleich mit der konventionellen Landwirtschaft gewertet werden. Über Jahre haben Ökobauern mehr verdient als ihre konventionell arbeitenden Kollegen. Aber wie Abbildung 4 illustriert, verdienen konventionelle Bauern seit dem Jahr 2012/2013 mit vergleichbaren Produkten mehr als ihre ökologisch arbeitenden Kollegen.

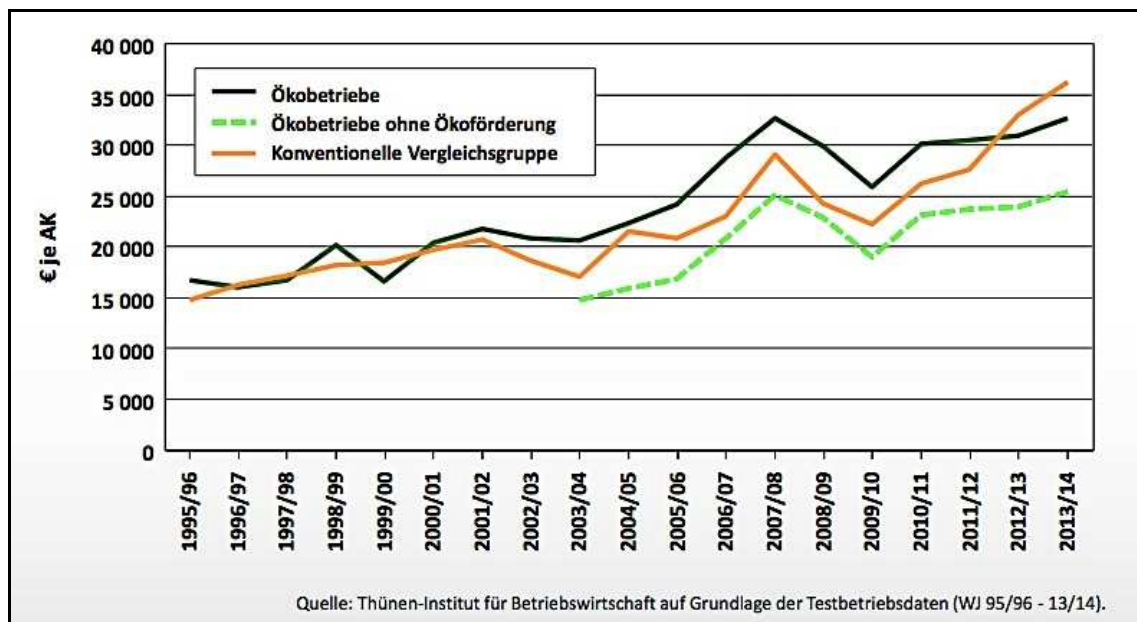


Abbildung 4: Entwicklung des Gewinns in € plus Personalaufwand je Arbeitskraft in ökologischen und vergleichbaren konventionellen Betrieben in Deutschland

Quelle: SANDERS 2015

Die bereits erwähnten Gründe, wie internationale Preishausse aller Agrarprodukte und stark steigende Bodenpreise, haben dazu geführt, dass Landwirte mit konventioneller Landwirtschaft in Deutschland – und in Brandenburg – inzwischen mehr Geld verdienen können als mit Ökolandbau. KUHNERT ET AL. stellen demnach fest, dass rein ökonomische Gründe, um auf eine ökologische Bewirtschaftungsweise umzustellen, inzwischen nicht mehr gegeben sind. Diese Feststellung deckt sich auch mit den Ergebnissen ihrer „Rückumsteller-Studie“, in der Aussteiger und Rückumsteller des ökologischen Landbaus vor allem ökonomische Motive als Ausscheidungsgrund aus dem Ökolandbau angaben (EBD. 2013). Es bleibt abzuwarten, ob sich an dieser

Entwicklung durch die erhöhten Fördersätze in Brandenburg etwas positiv für den Ökolandbau ändern wird.

2.1.5 Zusammenfassung & Zwischenfazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Ökolandbau mit vielen Herausforderungen konfrontiert ist, die sein Bestehen und weiteres Wachstum in Brandenburg in Frage stellen. Mit durchschnittlich relativ ertragsarmen Böden sind die agrarökologischen Ausgangsbedingungen in Brandenburg per se für die landwirtschaftliche Produktion herausfordernd. Die historisch bedingte Flächenstruktur mit im Vergleich zu anderen Bundesländern großen landwirtschaftlichen Betrieben hat es trotzdem ermöglicht, dass Brandenburg heutzutage das Flächenland mit dem dritthöchsten Anteil an ökologisch bewirtschafteter Fläche ist. Obwohl sowohl die Fläche als auch die Anzahl der Biobauern bis in den letzten Jahren immer gestiegen ist, ist ihre Zahl inzwischen erstmals rückläufig. Dies lässt sich sicher auch auf die geringe finanzielle Unterstützung durch die Politik begründen.

Generell werden die politischen Rahmenbedingungen für den Ökolandbau in Brandenburg von den Betroffenen als planlos empfunden. Aber die Rolle der Politik wird nur als eine Hürde unter vielen für ein weiteres Wachstum des Ökolandbaus empfunden. Das Thema „Boden“ wurde als wesentlicher Grund für das ins Stocken gekommene Wachstum der Öko-Fläche in Brandenburg identifiziert. Problematisch ist in diesem Zusammenhang vor allem die Konkurrenz, die durch die finanzielle Förderung der Bioenergieerzeugung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entstanden ist. Dass Landwirte und vermehrt auch außerlandwirtschaftliche Investoren mit der Produktion von Bioenergie-pflanzen mehr Geld verdienen können als mit Ökolandbau hat auch den Effekt, dass die Preise für Land seit Jahren stark steigen. Zugang zu und Beibehaltung landwirtschaftlicher Fläche wird vor allem durch die als nachteilig kritisierte Vergabe-praxis der BVVG für Ökolandwirte so immer schwieriger. Vor diesem Hintergrund ist es ein weiteres Hemmnis für potenzielle Umsteiger zur ökologischen Bewirtschaftung, dass die Preise für konventionelle Erzeugnisse in den letzten Jahren inzwischen mehr Einkommen generieren als ökologische Ware und letztere somit keine ökonomische Vorzüglichkeit mehr genießen.

2.2 Regionale Nachfrage & Vermarktung ökologischer Erzeugnisse

Kapitel 2.1 umfasst Gründe für den Rückgang des Ökolandbaus in Brandenburg auf Seiten der Produktion. Im folgenden Abschnitt wird die Situation der Nachfrage nach regional produzierten Öko-Lebensmitteln beleuchtet. Hierfür wird die Entwicklung der regionalen Nachfrage nach Biolebensmitteln in Berlin und Brandenburg betrachtet, sowie die Nachteile von Lebensmittelimporten bzw. die sich hieraus ergebenden Vorteile von regionalen Wertschöpfungsketten.

2.2.1 Definition von Region und Regionalität

Es gibt vielfältige, aber keine allgemeingültigen Definitionen von ‚Regionalität‘ bzw. ‚Region‘ in der Literatur. Der Grund hierfür wird in dem folgendem Zitat deutlich: „Regionale Lebensmittel sind im Gegensatz zu ökologischen Lebensmitteln keine eindeutig definierte Produktgruppe, da Erzeuger, Verarbeiter, Händler, Verbraucher und Wissenschaftler zum Teil sehr unterschiedliche Auffassungen bezüglich dieses Begriffs haben [...]. Geht es aber um die Vermarktung von Produkten mit regionalem Ursprung, so ist es [...] notwendig, Regionen einzugrenzen und klar zu definieren, um somit die Spielregeln für alle am Markt Beteiligten festzulegen“ (WANNEMACHER UND KUHNERT 2009, S. 22). Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu haben, soll die folgende Definition des BÖLW das Themenfeld für das vorliegende Studienprojekt etwas eingrenzen: „Der Begriff der „Region“ ist nicht eindeutig definiert, [...] oft wird von maximalen Distanzen bis zu 100 km ausgegangen“ (BÖLW 2012, S. 38). Die Frage nach der Definition von Regionalität und Region wurde auch während der Experteninterviews gestellt, die im Rahmen dieser Arbeit geführt wurden, so dass die weitere Diskussion in diesem Abschnitt der Arbeit erfolgt (*siehe Ergebnisteil*).

2.2.2 Entwicklung des Umsatzes von Ökolebensmitteln in Berlin & Brandenburg

Deutschland ist mit einer stetig wachsenden Nachfrage sowohl größter Absatzmarkt als auch größter Bio-Produzent in Europa. Im Jahr 2014 wurde ein Umsatz von ca. 7,9 Milliarden Euro erzielt. Das entspricht einem Zuwachs von rund 4,8% gegenüber dem Vorjahr¹⁰ (vgl. BÖLW 2015). Das Handelsvolumen von Lebensmitteln aus ökologischer Produktion hat sich in Deutschland seit 2000 mehr als verdreifacht. Bezogen auf den gesamten Lebensmittelmarkt erhöhte sich der Bio-Anteil in 2013 auf

¹⁰ Siehe auch Abbildung A7 im Anhang

insgesamt rund 4% (vgl. KÖPKE UND KÜPPER 2013). Im Ausbau-Vergleich mit den europäischen Nachbarländern steht Deutschland aber nur mittelmäßig da: Zwischen 2004 und 2010 nahm die ökologisch bewirtschaftete Fläche im europäischen Durchschnitt um über 50% zu – in Deutschland im selben Zeitraum nur um 30% (vgl. KÖPKE UND KÜPPER 2013). Das Angebot kann mit der rasant steigenden Nachfrage nicht mithalten: Während das Handelsvolumen von Biolebensmitteln zwischen 2000 und 2012 um 127% stieg, wuchs im gleichen Zeitraum die biologisch bewirtschaftete Fläche nur um 47%. Auch in den folgenden Jahren hat sich der Trend fortgesetzt, so dass die Umsatzzahlen weit über den Flächenzuwachsen in Deutschland liegen, die Nachfrage nach Bioprodukten das regionale Angebot also immer noch deutlich übersteigt. Laut Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg (FÖL) betrug 2014 der Gesamtumsatz des regionalen Biofachhandels in Berlin und Brandenburg 350 Million Euro und wuchs damit um mindestens 8% gegenüber dem Vorjahr (vgl. FÖL 2015). Damit liegt die Steigerung des Umsatzes des Berliner Biofachhandels deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Anzahl der Biosupermärkte in der Hauptstadt steigerte sich zwischen 2013 und 2014 von 75 auf 85, was einem Zuwachs von 11% entspricht. Nach Aussagen der FÖL ist bis Ende des Jahres 2015 die Eröffnung von 18 neuen Biosupermärkten geplant (vgl. FÖL 2015).

2.2.3 Zusammenhang zwischen ökologisch produzierten und regionalen Erzeugnissen

Das Angebot regionaler Ware liegt im Biofachhandel in Berlin aktuell bei ca. 15% und ist damit doppelt so hoch wie für konventionelle Ware aus regionaler Produktion (vgl. FÖL 2015).

In der vorangegangenen Analyse wurde gezeigt, dass der Umsatz der ökologischen Lebensmittelproduktion in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. HAMM ET AL. (2015) haben in einer Studie Einstellungen und Verhalten von Konsumenten in Bezug auf den Kauf von regionalen und ökologischen Produkten untersucht und kommen zu folgendem Ergebnis: „Konsumenten, denen Bio-Lebensmittel wichtig sind, kaufen bevorzugt Produkte, die aus der Region oder aus Deutschland kommen“ (EBD. in BÖLW 2015, S. 24).

Wie Abbildung 5 verdeutlicht, ist für 70% der befragten Personen, denen die ökologische Produktion wichtig ist, die biologisch erzeugte Produktion von Erzeugnissen wichtiger bzw. zumindest ebenso wichtig wie die regionale Herkunft der Produkte. Dieses Ergebnis wird durch eine Befragung, die das BMEL in Auftrag gegeben hat, gestärkt. Die befragten Kunden äußerten zu 87% und damit als

wichtigsten Grund für den Kauf von Bio-Lebensmitteln die regionale Herkunft bzw. die Unterstützung regionaler Betriebe (vgl. BOELW 2014).

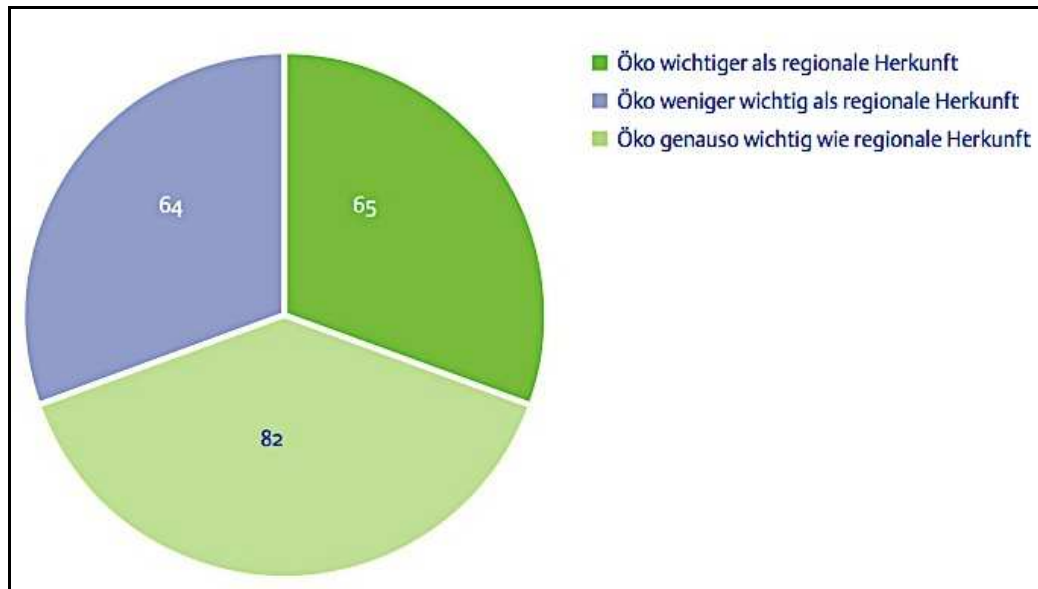


Abbildung 5: Bewertung der regionalen Herkunft von Lebensmitteln durch die Konsumenten, denen die ökologische Produktion wichtig ist (N= 211)

Quelle: BÖLW 2015, S. 25

HAMM ET AL. haben in der Studie auch die Mehrzahlungsbereitschaft der Kunden für regionale Lebensmittel untersucht und kommen zu dem Schluss, dass zumindest die Zahlungsbereitschaft für ökologisch produzierte Lebensmittel höher als für konventionelle Erzeugnisse ist (vgl. HAMM ET AL. 2015 in BÖLW 2015).

2.2.4 Herkunft der in Deutschland konsumierten Biolebensmittel

Die in der Umfrage erkennbare Bereitschaft, regionale Ökolebensmittel zu konsumieren, steht im Widerspruch zu den tatsächlichen Verkaufszahlen solcher Produkte. Denn wie KÖPKE UND KÜPPER in ihrer Studie „*Marktanteile im Segment Bio-Lebensmittel*“ feststellen, ist ein Großteil der in Deutschland verzehrten biologischen Produkte nicht regionaler Herkunft.

Aus den Zahlen und der Abbildung 6 lässt sich ersehen, dass die hohe Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln in Deutschland nur durch Importe befriedigt werden kann, denn das Wachstum des Flächenanteils bleibt kontinuierlich unter dem des Umsatzes. Der Anteil an Produkten, die auch in Deutschland produziert werden können, wie beispielsweise Obst, Gemüse und Milchprodukte werden zu einem immer größer werdenden Maß importiert (vgl. KÖPKE UND KÜPPER 2013).

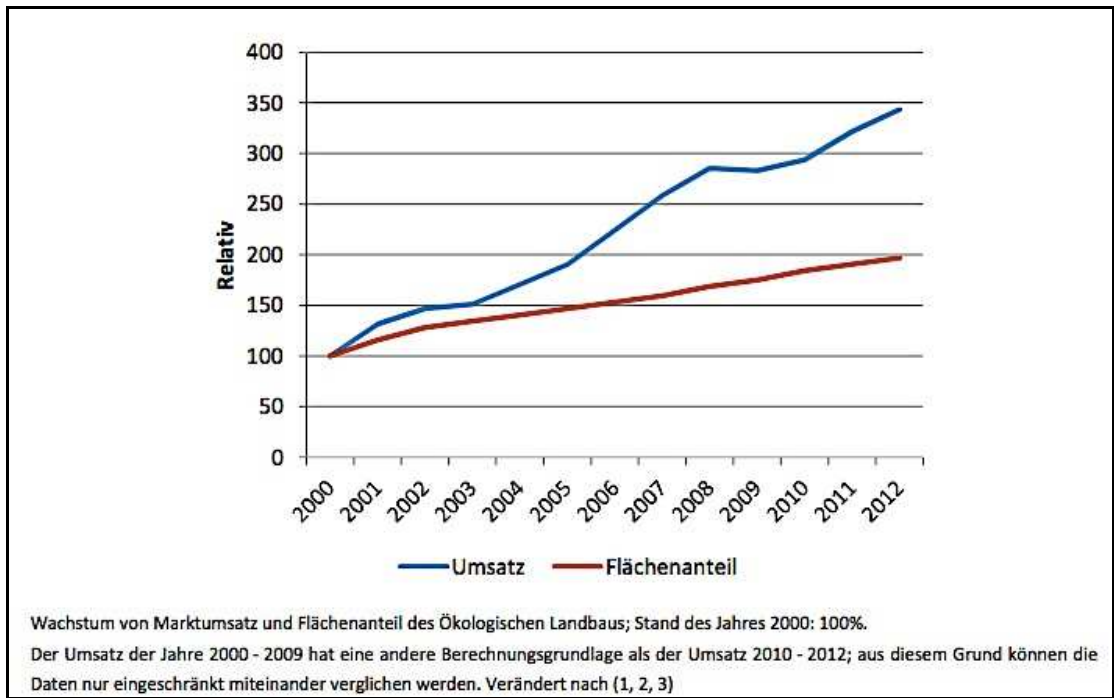


Abbildung 6: Wachstum von Umsatz und Fläche des Ökologischen Landbaus in Deutschland

Quelle: KÖPKE UND KÜPPER 2013, S. 3

Deutlich wird diese Entwicklung bei Betrachtung von Tabelle 4. Es ist ersichtlich, dass nicht nur viele Produkte, die auch regional erzeugt werden können, importiert werden, sondern, dass ihr Anteil zwischen 2001 und 2009/2010 auch noch (stark) gestiegen ist, so dass derweil „jeder zweite Bio-Apfel und jede zweite Bio-Möhre, die in Deutschland verkauft werden, [...] inzwischen aus dem Ausland [stammen]“ (KÖPKE UND KÜPPER 2013, S. 10).

Tabelle 4: Importanteil in Prozent und Herkunft ausgewählter Bio-Lebensmittel in Deutschland: 2001 im Vergleich zu 2010

Bio-Lebensmittel	2001	2010	Hauptlieferländer
Kartoffeln	9	28	Österreich, Israel, Ägypten
Möhren	k.A.	48	Niederlande, Israel, Italien
Zwiebeln	k.A.	35	Niederlande, Argentinien, Ägypten
Paprika	k.A.	91	Spanien, Israel, Niederlande
Tomaten	k.A.	82	Spanien, Niederlande, Italien
Gurken	k.A.	51	Spanien, Niederlande, Bulgarien
Äpfel	k.A.	50	Italien, Österreich, Argentinien
Ölsaaten	64	76	Rumänien, Argentinien
Eier	26	30	Niederlande, Italien
Schweinefleisch	13	22	Niederlande, Österreich, Dänemark

Quelle: KÖPKE UND KÜPPER 2013, S. 8

KÖPKE UND KÜPPER sehen Gründe für diese Entwicklung darin, dass viele ausländische Produzenten Deutschland als Absatzmarkt erkannt und den Anteil an ökologischen Anbauflächen, die für den Export bestimmt sind, kräftig erhöht haben (vgl. EBD. 2013). Aus Sicht der deutschen Produktion führen die Autoren unter anderem hohe Preise landwirtschaftlicher Nutzflächen, einseitige Förderpolitiken und Planungsunsicherheit bezüglich Förderpolitiken im ökologischen Landbau als Gründe für eine schleppende Entwicklung desselbigen an (vgl. KÖPKE UND KÜPPER 2013). Diese Gründe wurden im Abschnitt 2.1 bereits diskutiert.

2.2.5 Negative Aspekte von Lebensmittelimporten

Die ökonomischen und ökologischen Folgen importierter Lebensmittel bezeichnen KÖPKE UND KÜPPER als gravierend: Einerseits haben die Produzenten und Verarbeiter in Deutschland ökonomische Nachteile an Gewinn und Einkommen, denn die Wertschöpfung wird exportiert. Regionale Wirtschaftskreisläufe hingegen schaffen Arbeitsplätze in der Region. Daraus resultierende Steuereinnahmen bieten eine Grundlage für den Ausbau der regionalen Infrastruktur. Eine funktionierende Infrastruktur und öffentliche Daseinsfürsorge wiederum sorgt dafür, dass die Menschen in der Region leben und arbeiten können, und kann somit die Abwanderung in Ballungsgebiete verhindern (vgl. HAHNE 2008). Andererseits, so Köpke und Küpper, verschlechtert sich die Ökobilanz¹¹ der importierten Produkte, je länger der Transportweg wird. Deutschland importiert nicht nur aus anderen europäischen Ländern, sondern auch im steigenden Maße von anderen Kontinenten. So haben beispielsweise auch China, Äthiopien und Peru den deutschen Markt entdeckt (vgl. KÖPKE UND KÜPPER 2013).

Dass regionale Produkte im Vergleich zu importierten Produkten in den meisten Fällen weniger Treibhausgasmissionen verursachen als importierte Produkte, hat das ifeu Institut in einer Vergleichsstudie dargelegt: „Bei gleichen Produktionsbedingungen sind regional produzierte Lebensmittel immer vorteilhaft, da Transporte vermieden werden, die Energie kosten und Treibhausgasemissionen verursachen“ (IFEU 2009, S. 49). Zu diesem Schluss kommen auch LINDENTHAL ET AL. in ihrer Vergleichsstudie: „Alle Bioprodukte weisen pro Hektar aber auch pro kg Lebensmittel geringere CO₂-Emissionen als vergleichbare, konventionelle Produkte auf“, so das abschließende Fazit (EBD. 2010, S. 2). Das BMUB kommt zu der Schlussfolgerung, dass ökologische

¹¹ „Die Ökobilanz ist ein Verfahren, um umweltrelevante Vorgänge zu erfassen und zu bewerten“ (UMWELTBUNDESAMT 2013). Bei der Ökobilanz werden sämtliche Umweltwirkungen betrachtet (vgl. EBD.).

Lebensmittel nicht nur weniger Treibhausgasemissionen, also weniger food miles verursachen, sondern auch, dass die Ökobilanz biologischer Lebensmittel insgesamt besser abschneidet als die von Produkten aus konventionellem Anbau (vgl. BMUB 2015). Aus ökologischer Sicht nachteilig ist auch der Verlust der Ökosystemleistungen, wie dem Schutz von biotischen und abiotischen Ressourcen („Naturschutz im Produktions-biotop“), der in Deutschland aufgrund der Importe nicht stattfindet, jedoch durch den der ökologische Landbau in Deutschland geleistet werden könnte (vgl. KÖPKE UND KÜPPER 2013).

2.2.6 Vorteile und Herausforderungen regionaler Wertschöpfungsketten

Um zu verstehen, warum Nachfrage und Produktion ökologischer Erzeugnisse in Berlin und Brandenburg immer weiter auseinander gehen, muss die regionale Wertschöpfungskette analysiert werden. WANNEMACHER UND KUHNERT stellen in ihrer Studie *„Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten zur Steigerung des Absatzes von ökologisch erzeugtem Gemüse im Lebensmitteleinzel- und Naturkosthandel“* Schwierigkeiten von regionalen Wertschöpfungsketten¹² in der Praxis dar. Eine wesentliche Herausforderung für eine funktionierende Wertschöpfungskette sehen die Autorinnen in der Diskrepanz zwischen Angebots- und Nachfragestruktur: „Betriebe zeigten in der Befragung zwar durchaus Interesse an einem Ausbau einzelner Kulturen und ggf. einer Diversifizierung der Vermarktung hin zu einer Belieferung des Handels. Sie besitzen aber zumeist keine technische oder logistische Ausstattung, um eventuell geforderte Verpackungen und Etikettierungen vornehmen zu können oder den täglichen Transport der Waren zum Zentrallager oder zu einzelnen Läden zu leisten“ (WANNEMACHER UND KUHNERT 2009, S. 72). Zu dieser Erkenntnis kommen auch KUHNERT ET AL. in einer Studie: „Die Angst vor dem Absatzrisiko der Erzeugnisse ist [...] sehr hoch. Die unmittelbare Nähe zu Berlin, einem der größten Absatzmärkte für Bioprodukte in Europa, ist dabei [...] wenig hilfreich. Durch fehlende Verarbeitungsbetriebe in der Region Brandenburg sind diese nur schwer zu erschließen. So werden Agrarrohstoffe in andere Bundesländer exportiert, um dort verarbeitet zu werden. Somit geht Wertschöpfung in der Region Brandenburg verloren“ (KUHNERT ET AL. 2013, in

¹² „Unter einer Wertschöpfungskette ist zu verstehen, dass der überwiegende Teil der Stufen bzw. der Tätigkeiten der Wertschöpfungskette in der Region erbracht wird und damit auch der überwiegende Teil der Wertschöpfung in der Region verbleibt [...]. Im Zentrum von regionaler Wertschöpfung stehen regionale Wertschöpfungsketten. Allgemein beschreibt diese den gesamten Weg eines Produktes oder einer Dienstleistung vom Erzeuger über den Verarbeiter und den Vermarkter bis zum Endkunden. Die Wertschöpfungskette beschreibt die Abfolge an wertschöpfenden Tätigkeiten bzw. die einzelnen Wertschöpfungsstufen“ (SPRINGER-HEINZE 2005).

OTTO 2014, S. 45f). Der Fach-LEH ist sich dieser Problematik durchaus bewusst, verlangt aber für seine Strukturen nach fertig verarbeiteten und gelabelten Produkten. Auch in den unterschiedlichen Vorstellungen von Mengen, die für den Handel möglichst groß und vor allem konstant, und für die Produzenten manchmal recht gering und meist schwankend sind, sehen die Autorinnen der Studie ein „nicht aufzulösendes Spannungsfeld“ (WANNEMACHER UND KUHNERT 2009, S. 72). Welcher Akteur der Wertschöpfungskette die Lieferlogistik übernimmt bzw. die Organisation von Liefergemeinschaften, führt ebenfalls häufig zu Problemen. Neben nicht aufeinander abgestimmten Mengenkapazitäten und fehlenden Bündelungsmöglichkeiten, ist die relative ökonomische Vorzüglichkeit anderer Vermarktungswege wie beispielsweise der Direktvermarktung problematisch bei der Entwicklung der Wertschöpfungskette.

Aber auch der klassische Weg über den Einzelhandel wird von den Erzeugern kritisiert, da er ihnen zu wenig Einkommen generiere: „So sprachen einige Betriebe von ‚schlechten Preisen‘ im Handel. Die befragten Handelsunternehmen äußerten zwar Verständnis für die Betriebe, die auf die Handelsspanne angewiesen seien, schlossen einen höheren Preis jedoch mit Hinweis auf die mangelnde Zahlungsbereitschaft der Verbraucher aus“ (WANNEMACHER UND KUHNERT 2009, S. 73). Ein großes Problem in der Wertschöpfungskette gibt es laut Autorinnen auch aufgrund von mangelnder Kommunikation und Kooperation zwischen Erzeugern und dem Handel: „Ein kettenübergreifendes Denken [fehlt]“ (EBD. 2009, S. 29). Laut mehreren Befragten seien die Geschäftsbeziehungen zu Wiederverkäufern von sehr guten persönlichen Kontakten geprägt, der Austausch zwischen Produzent und letztem Vermarkter aber sei unzureichend (vgl. WANNEMACHER UND KUHNERT 2009). Einer der Interviewpartner aus dem Großhandel wünschte sich, dass die Verbände, „stärker eine Vermittlungsfunktion wahrnehmen sollten“ (WANNEMACHER UND KUHNERT, 2009, S. 73).

Diametral entgegengesetzte Interessen offenbart die Studie bezüglich der Absicherung der Kooperation: Da das Risiko der Belieferung des Handels von den meisten Erzeugern als relativ hoch eingeschätzt wird, wollen viele Betriebe erst einmal „klein anfangen“ (z.B. mit der Belieferung einzelner Verkaufsstellen) und sich durch langfristige Verträge und Abnahmegarantien absichern. Von den Handelsunternehmen wird eine enge vertragliche Bindung jedoch eher abgelehnt, insbesondere Mengen- und Abnahmegarantien verneinten die Unternehmen in den Interviews (vgl. WANNEMACHER UND KUHNERT, 2009). Abschließend thematisieren die Autorinnen die Problematik „Qualität“. Erzeuger und Handel divergieren in ihren Vorstellungen von Qualität bzw. gibt es Probleme in der Kommunikation zwischen den Akteuren bei

mangelnder Qualität. Einen Lösungsansatz sehen die Autorinnen der Studie in verbesserter Beratung zwischen den Akteuren durch regionale Berater (vgl. WANNEMACHER UND KUHNERT 2009).

2.2.7 Zusammenfassung & Zwischenfazit

Betrachtet man die Entwicklung von Umsatz und Nachfrage des Biomarktes in Berlin und Brandenburg, werden Widersprüche deutlich: Zwar steigen Nachfrage und Umsatz ökologisch erzeugter Produkte und Konsumenten präferieren auch regional erzeugte Biolebensmittel, aber dennoch stammen viele der verzehrten Bioprodukte, die auch regional hergestellt werden können, aus dem Ausland – und dies mit steigender Tendenz. Ein Missverhältnis existiert auch in der Tatsache, dass bei den Kunden der Wunsch nach regionalen Produkten groß ist, während sie aber gleichzeitig möchten, dass eine größtmögliche Auswahl an Produkten zur Verfügung steht. Warum Lebensmittelimporte aus ökologischer und ökonomischer Hinsicht problematisch sind, wurde mit Begriffen wie „food miles“ und „Verlust der regionalen Wertschöpfungskette“ zum Ausdruck gebracht. Dass für eine regionale Entwicklung Wertschöpfungsketten positive Auswirkungen haben, aber kompliziert in der Umsetzung sind, wurde im letzten Teil dieses Abschnittes erläutert.

3 Material & Methoden

Um zu verstehen, warum die Fläche des Ökolandbaus und die Anzahl der Ökobetriebe in Brandenburg rückläufig ist während die Nachfrage in Berlin kontinuierlich steigt, haben wir zuerst eine Desk-Recherche durchgeführt (Situationsanalyse). Dafür haben wir aktuelle Studien renommierter Institute, Universitäten und Fachzeitschriften zusammengetragen und analysiert (siehe Quellenverzeichnis). Aufbauend auf dieser Recherche haben wir einen Fragebogen entwickelt, der den Prinzipien eines Leitfadeninterviews entspricht (Masterversion im Anhang). Durch die Form des semistrukturierten Interviews, das keine Antwortvorgaben enthielt, war es sowohl möglich, den Interviewpartnern Freiheit in ihren Antworten zu lassen als auch selbst bei Unklarheiten nachzufragen. Die Fragen orientierten sich dabei an einem einheitlichen Gesprächsleitfaden. Die Interviews beinhalteten Fragen zu den Rahmenbedingungen sowie zur Wertschöpfungskette des Ökolandbaus in Brandenburg. Dementsprechend wurden die Fragen in verschiedenen Themenfeldern folgendermaßen zusammengefasst: Politik, Ressourcen, Produktion, Veredlung & Verarbeitung, Vermarktung & Vertrieb, Konsumenten und Sonstiges.

Zwischen Februar und April 2015 haben wir insgesamt 21 Interviews mit Experten entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Ökolandbaus in Berlin-Brandenburg geführt. Neben den Produzenten (Gemischtbetriebe: 3 Bioland, 3 Demeter), verarbeitenden Betrieben (1 Fleischerei, 1 Molkerei, 1 Bäckerei) und dem Handel (1 Großhandel, 2 LEHs, 1 Online-Handel) haben wir auch Gespräche mit Beratern, Verbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen (Thünen-Institut, HNE, BÖLW, BNN, FÖL, LBV Brandenburg, Öko-Landbau-Beratung) geführt. In einem Gespräch mit dem Berliner Senat haben wir die Perspektive der Berliner Konsumenten beleuchtet. Wir hätten gern auch mit dem MLUL (Referat 32) gesprochen, um die Möglichkeiten und Grenzen politischer Förderung im ÖL zu erörtern, aber leider kam ein Treffen trotz zahlreicher Anfragen nicht zustande.

In den 30 bis 120 Minuten dauernden Interviews wurden in den Funktionen und Aufgabenfeldern angepassten Themenfeldern die jeweils gleichen Fragen gestellt. Wir haben die Experten größtenteils an ihren Arbeitsorten getroffen, die Interviews aufgenommen und anschließend transkribiert. Die Antworten wurden anonym und nach Themenfeld zusammengefasst ausgewertet (Ergebnisse). Abschließend wurden die identifizierten Probleme aus der Desk-Recherche gemeinsam mit den Schlüsselaussagen der Experteninterviews besprochen und Lösungsansätze vorgeschlagen (Diskussion & Handlungsempfehlungen).

4 Ergebnisse

4.1 Rahmenbedingungen

4.1.1 Politik

Förderung

Obwohl ein „spürbarer Wandel zu Gunsten des Ökolandbaus“ im MLUL registriert wird („bessere Atmosphäre“, „der Wind hat sich gedreht“), ist die überwiegende Mehrheit der Befragten (gesamte Wertschöpfungskette) der Meinung, dass der ÖL in Brandenburg politisch keine Priorität hätte, nicht ernst genommen und nur „geduldet“ würde. Kritisiert werden der Mangel eines „politischen Willens“, eines stabilen Förderklimas, politischer Verlässlichkeit und Kontinuität: „Es gibt die Ziele (20% Bio), aber es gibt keine ernstzunehmende Strategie.“ Auch auf Bundesebene wird Brandenburg „im politischen Austausch eher nicht wahrgenommen.“ Die relevanten ökologischen Flächen, auf die man sehr stolz war, werden mehr als Ergebnis

unternehmerischen Handelns und weniger als politischer Erfolg bewertet („nach der Wende haben sich viele Höfe gegründet – Pioniere, Idealismus gepaart mit unternehmerischer Persönlichkeit – und den Bio-Boom in Brandenburg ausgelöst“).

Es wird darüber hinaus bemängelt, dass für den Ökolandbau keine Fachleute zuständig seien, sondern „Verwaltungsfachangestellte ohne landwirtschaftlichen Hintergrund“, die „keinen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung, also keine Kontakte zur Leitungsebene“ hätten.

Ein weiterer Kritikpunkt sind die „zerpflückten“ und verzögerten Zahlungen, die eine Planungssicherheit erschweren und als Ausdruck politischer Unzuverlässigkeit wahrgenommen werden. Andererseits wird der begrenzte finanzielle Spielraum anerkannt: „mehr Förderung ist unrealistisch.“

Generell wird der Eindruck formuliert, dass industrielle Agrarstrukturen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft vorgezogen würden („hinter den Großen stecken große Strukturen, die die Politik bestimmen“). Als Beispiel der Benachteiligung wird die „unverzögliche Einarbeitung“ (innerhalb von 4 Stunden) organischen Düngers (Düngemittelverordnung) genannt, wofür Maschinen nötig seien, die viele kleine Landwirte nicht hätten. Es wird auch kritisiert, dass tierhaltende Betriebe ab 2015 weniger gefördert würden, womit der Ökolandbau benachteiligt würde, der Tiere in Kreislaufwirtschaft hält. Auch der Mangel an kohärenter Agrarpolitik wird thematisiert: „wenn man auf der einen Seite den ÖL fördert, aber auf der anderen Seite den Anbau von Energiepflanzen so attraktiv gestaltet, dann muss man sich nicht wundern, wenn Landwirte sagen, ich steige nicht in den ÖL ein, sondern in die Erzeugung von Energiepflanzen.“ Es wird darüber hinaus konstatiert, dass Landwirtschaft generell abschätzig betrachtet würde, weil sie kein „Jobbringer“ sei und als Branche „strukturell benachteiligt“ würde. Landwirtschaft sei „eine harte Lebensentscheidung: hohe Investitionskosten, auf sich alleine gestellt und harte Arbeit“, was honoriert werden sollte: „Wir sind doch ein reiches Land, wir müssen die Landwirtschaft besser unterstützen und nicht nur IT.“

Das Gesamtförderpaket mache bei den meisten befragten Landwirten ca. 50% des Einkommens aus, wobei Förderungen und Zuschüsse von manchen als „notwendiges Übel“/„Mittel zum Zweck“ mit erheblichen Auflagen gesehen wird, die Betriebe „einschränkt“ und bei realistischeren Produktpreisen überflüssig wäre: „wir hätten am liebsten keine Förderung mehr“; „das jetzige System ist gut und reicht aus: die Dokumentationsarbeit reicht uns.“ Aber es wird auch darauf hingewiesen, dass die

zahlreichen Gesetze und Verordnungen ohnehin kontrolliert würden und Geförderte nicht rechtlich belangt werden könnten („nur“ Bußgelder).

Die **Flächenprämie** wird prinzipiell als wichtig eingestuft („gibt Sicherheit bei Ernteschwankungen“, „Ausdruck des Gewalttseins“) und deren Erhöhung begrüßt („macht viel aus“), da ertragsschwache Regionen wie Brandenburg höhere Prämien bräuchten. Sie wird aber auch stark relativiert, da andere Zuschüsse wegfielen (gekürzte Betriebsprämien) und die Erhöhungen von den steigenden Pachtpreisen „aufgefressen“ würden und große Betriebe mehr profitierten. Es wird perspektivisch auf die Grenzen von Flächenprämien verwiesen: „großflächige konventionelle Betriebe sind so wettbewerbsfähig, dass man die 10-fache Ökoförderung brauchen würde, um diese Betriebe zur Konversion zu bewegen (strukturelle Entwicklung macht die Wettbewerbsvorteile der Fördermechanismen zunichte).“

Darüber hinaus wird angedeutet, dass die konventionellen Betriebe durch das neue „Greening“ Fördermittel in ähnlichem Umfang wie der ÖL in Anspruch nehmen könnten (Nivellierung) mit geringen Auflagen: „wir haben immer noch die Situation, dass ein Großteil der Fördergelder in der Landwirtschaft nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird...dass landwirtschaftliche Betriebe gefördert werden, die die Förderung nicht brauchen, und die dafür auch nur einen sehr bescheidenen Beitrag leisten.“

Das zeitweise Aussetzen der **Umstellungsförderung** in Brandenburg wird im Nachhinein als „verheerendes politisches Signal“ bewertet, weil es keine Planungssicherheit gewährleistet hätte („Landwirtschaft funktioniert nur langfristig“). Das Förderinstrumentarium wird jedoch von den Landwirten unterschiedlich bewertet. Einige sind nicht mehr darauf angewiesen, andere halten es für wichtig für geplante Expansionen und zur Überbrückung in der Umstellungsphase (z.B. Streuobstwiese), wo Pachtkosten anfielen, aber noch keine Öko-Zertifizierung und -Förderung möglich sei. Auch im Molkereibereich hat Umstellungsförderung einen hohen Stellenwert („wir könnten locker das dreifache an Brandenburger Milch einsammeln, wenn sie denn da wäre“). Begründet wird dies u.a. mit den hohen betriebswirtschaftlichen Risiken und dem hohen Finanzbedarf in der Umstellungszeit (Futterpreise / Stallpreise) auch im direkten Vergleich zur Biogasanlage: „da habe ich eine fixe Einspeisevergütung von 20 Jahren, also sehr viel mehr Planungssicherheit.“

Kontrollkostenzuschüsse werden allgemein nicht als Priorität eingestuft („der Betrieb bekommt ja Förderung, da ist Zertifizierung enthalten“) und sind erwartungsgemäß für kleinere Betriebe relevanter („wir mussten die Preise unserer Produkte erhöhen, damit

wir die Zertifizierungskosten kompensieren können“) als für größere. Generell wird die Zertifizierung (Anbauverband und EU Cross Compliance) als sehr arbeitsaufwendig und personalintensive Herausforderung beurteilt, die von den Betriebsleitern allein kaum zu bewerkstelligen sei („Zertifizierung und Kontrollen machen inzwischen so viel Arbeit, es müsste nicht nur einen Zuschlag für die Zertifizierung, sondern auch für die Arbeitskraft, die man dafür benötigt, geben“, „es gibt im Betrieb nichts, was nicht kontrolliert wird“). Vereinzelt wird auch die Qualität der Zertifizierungsunternehmen und der Zertifikate als ungenügend kritisiert. Betriebe, die ihre Produkte auch im konventionellen LEH anbieten, klagen über die zusätzlichen individuellen Audits.

Investive Förderung wird von den Befragten als sehr wichtig eingestuft, z.B. für Gemüseverarbeitungsstrukturen oder Schlachtereien (Entwicklung von Wertschöpfungsketten). Auch hier entstände der Eindruck, dass große Betriebe im Vorteil seien. Bio-Landwirte wären in der Vergangenheit kritisiert worden, dass sie nicht investierten trotz Förderung, aber kleinere „Bio-Betriebe wollten nur EUR 7-10.000 investieren und kamen dadurch nicht an Förderung ran.“¹³

Beratung

Die Beratung erfolgt in der Regel kostenpflichtig über die Anbauverbände und wird z.B. nach Abmahnungen von Zertifizierungsstellen in Anspruch genommen. Die Bewertung der Relevanz schwankt stark. Für einige Landwirte ist Beratung nicht notwendig, weil Informationen auch im Internet und Fachzeitschriften erhältlich bzw. die Höfe schon zu alt seien. Demeter-Verbandsmitglieder halfen und berieten sich oft gegenseitig. Es wird auch auf früheren Missbrauch von Zuschüssen hingewiesen („es wurde abkassiert im Einvernehmen mit Betrieben ohne Beratungsleistung“): „wenn der Landwirt für irgendwas nicht bezahlen muss, hat das keinen Wert.“

Für andere hat Beratung einen hohen Stellenwert und sie halten Zuschüsse für sehr wichtig (insbesondere für Umsteller, Neugründer, kleinere Familienbetriebe), um „private Dienste zu unterstützen“ (innerhalb der Verbandsstrukturen). Spezialberatung, Kompetenz und regionales Know-How werden große Bedeutung eingeräumt („es muss jemand sein, der sich genau hier mit den Böden auskennt“). Die Relevanz der Beratung wird auch mit den speziellen Anforderungen des ÖL begründet: „Es ist ein Denken in Systemen, und dieses Wissen braucht man, um ökologisch zu wirtschaften.“

¹³ Mindestinvestitionsvolumen ist EUR 20.000,-

Staatlicher Officialberatung steht man skeptisch gegenüber (verschiedene Anbauverbände, Lobbyismus, etc.), aber es wird auch verwiesen auf das „Rundumsorglos-Paket“, das bei Umstellungsentscheidung mit „unkalkulierbaren Risiken“ wichtig sei, im konventionellen Bereich: Officialberatung, Beratung durch den Bauernverband.

Beratung durch Universitäten sei „in Deutschland nicht vorgesehen“ (vs. „land-grant colleges“ in den USA). „InnoForum Ökolandbau Brandenburg“¹⁴ „grenzwertiger Bereich, denn für Forschungsfragen brauchen wir Drittmittel (nach 10 Jahren Lobbying haben wir eine 50%-Stelle)...aber richtige Beratung ist das keine.“ Stichwort Wissenstransfer und bedarfsgerechte Forschung: „Schwierigkeit ist, den Bedarf der Praxis zu erkennen, das ist ein prozessuales Problem. Man kann Prozesse steuern, um diesen Bedarf herauszufinden, wobei man nie alle erreichen wird...das erfordert aber unglaublich hohen personellen Input und sehr hohen Einsatz, Willen und Expertise.“ Das scheint auch auf die beteiligten Landwirte zuzutreffen („Forschung ist auch anstrengend“), obwohl Interesse an einer engeren Zusammenarbeit/ Austausch mit Universitäten auf Produzenten- und Verarbeiterseite bekundet wurde.

Verbände und Interessenvertretungen

Die Vielzahl der Akteure wird als eher problematisch wahr genommen, weil „die Bündelung von Kompetenzen und Interessen fehlt, die Ergebnisse kommen bei den Betrieben nicht an“ und man nicht „an einem Strang zieht.“ Gründe dafür werden in unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen gesehen: „Der Bauernbund vertritt eine bestimmte Klientel, der Bauernverband hat den Anspruch alle zu vertreten und wird daran zugrunde gehen, da man nicht alle vertreten kann; Ökoverbände vertreten eine Anbauichtung, keine Betriebsform.“

Die Rolle des LBV Brandenburg wird generell als ambivalent bis kritisch eingeschätzt. Die Fachausschusssitzungen Ökolandbau würden als „Pflichtveranstaltungen“ wahrgenommen, verbunden mit geringen Erwartungen („keine prickelnden Ergebnisse“). Die Befragten sind der Meinung, dass der LBV hauptsächlich die Interessen der großen konventionellen Betriebe/LPG-Nachfolger vertrete (nur geringe Anzahl von Mitgliedern aus dem ÖL) und in diesem Sinne auch einseitigen Einfluss im Ministerium ausübe (BMEL als „Umsetzungsorgan des DBV“, mit gleichem Verständnis auf Landesebene). Es wird zwar anerkannt, dass der Bauernverband keine Produktionsempfehlungen geben kann, aber „sie könnten das Thema Öko wertneutral transportieren“. Es wird auch bemängelt, dass die „Offenheit zwischen Konsument und Produzent“ fehle und zu sehr auf Konfrontation gesetzt würde. Man sieht aber auch

¹⁴ Das Innovationsforum Ökolandbau Brandenburg ist angeschlossen an die HNE, Austauschplattform für Akteure der Wirtschaft und Wissenschaft

den begrenzten Handlungsspielraum und die Interessenkonflikte innerhalb des Verbandes („können wenig tun“).

Auch der FÖL hat Akzeptanzprobleme bei einigen Landwirten („merkwürdiges Gebilde“, „sind enger an Verarbeitern und Abnehmern dran“), die kritisieren, dass der Nutzen der verbraucherorientierten Aktivitäten zu gering sei (man „redet zuviel, macht zu wenig“). Zudem würde eine engere Zusammenarbeit mit dem Märkischen Wirtschaftsverbund¹⁵ als sinnvoll erachtet.

Überregionale Verbände schätzen ihre Lobby-Arbeit („öffentliches Einfordern von Regionalität“) als große Herausforderung ein: „es ist nicht so einfach, an die Entscheidungsträger Wünsche heranzutragen.“

Globalisierung/ TTIP

Es bestehen Skepsis und Unsicherheit bezüglich der Auswirkungen des transatlantischen Freihandelsabkommens auf den ÖL in Brandenburg („Blackbox“). TTIP ist für einige eine „Katastrophe für den Lebensmittelbereich“, obwohl keine Auswirkungen für den eigenen Betrieb befürchtet würden. Es bestünde allerdings die Sorge vor einer „Verwässerung von Standards“, einem „Fallen der GVO-Regularien“ und dass die Ökoförderung und regionale Ausschreibungen (ökologische Produkte für Schulverpflegung, Kitas, etc.) nicht mehr zugelassen würden (Wettbewerbsverzerrung) – mit unabsehbaren Folgen. Es wird befürchtet, dass der konventionelle Landbau den ÖL abhängt, „der (Umwelt)kosten internalisiert und weiter ausgegrenzt wird mit Begründung der Marktwirtschaft.“

Aber es gibt auch vereinzelte positive Stimmen: „vielleicht profitieren wir davon“, wenn Verbraucher als Reaktion zunehmend regionale Ökoprodukte kaufen. Speziell Verarbeiter sehen TTIP gelassener entgegen angesichts der theoretischen Exportchancen.

Milchquotenverordnung

Die Milchquote wird von Landwirten und Verarbeitern unterschiedlich bewertet. Die einen sehen sie als „sinnvolle Mengenregulierung“ und befürchten, dass nach dem Wegfall vorwiegend Größe und Investitionskapazitäten entscheidend seien. Die anderen „machen drei Kreuze, wenn die Quote weg ist“, da sie viel Bürokratie kreiert

¹⁵ Kontrollverband der ökologischen Ernährungswirtschaft in Berlin-Brandenburg e.V., Träger von „fair & regional“ (Erzeuger, Verarbeiter und Händler von ökologisch hergestellten Produkten)

und „Geld gekostet“ hätte, das man „in tiergerechte Ställe hätte investieren können.“ Ein starker Mengenzuwachs im Bio-Bereich wird nicht erwartet: „es gibt im Moment bereits zu viel Biomilch, das spiegelt sich auch im Preis wieder.“

Wünsche an Politik

- „Mehr Ehrlichkeit. Dass das, was gesagt wird über ÖL auch Inhalt bekommt, bzw. was versprochen wird, auch gehalten wird.“
- „Mehr hinter Bauern stehen“, sagen, dass „Leben aus der Natur, von den Tieren kommt“, „wir produzieren nicht, sondern leben mit der Natur, nehmen uns was und geben was, wir sorgen dafür, dass es der Natur gut geht.“
- Striktere Regeln für konventionellen Bereich und besseren Verbraucherschutz
- „Weniger Verwaltungsarbeit“: „so viel Bürokratie wie auf dem Bauernhof in keiner privaten Firma erlebt (doppelt so hoch wie in anderen selbstständigen Betrieben)“, Bauern kriegen „Steine in den Weg gelegt“ (z.B. Berufsgenossenschaft nutzt Monopolstellung bei Preisgestaltung aus, müssen LKK beitreten, Grundsteuer, etc.)
- Hilfe bei der Durchsetzung „realistischer“ Preise für Lebensmittel bzw. Schaffung von Marktstrukturen, die eine kostendeckende/ gewinnbringende Produktion ermöglichen
- „Förderung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Familienbetrieben, Grenzen für Größe und Wachstum setzen“
- „Mehr Sicherheit für Bodenerwerb: BVVG-Flächen sollten nicht meistbietend veräußert werden, sondern in Landeshoheit übergehen und bestehenden Betrieben zur Verfügung gestellt werden.“
- „Es wäre wünschenswert, wenn die Landespolitik so eingreifen würde, dass es dieses Landgrabbing nicht mehr gibt, weil das die Preise hoch treibt.“
- „Der ÖL ist schon speziell und wir brauchen entsprechende Förderung, die ist aber manchmal sehr praxisfern und dann müssen wir uns der Förderung anpassen; auf die wir angewiesen sind.“
- Unterstützung bei der Suche nach Umstellern
- Bio-Pioniere: Möglichkeiten schaffen, um die Hofnachfolge zu vereinfachen
- „Ein Plan, wie die Nachfrage gedeckt werden kann.“
- „Dinge in Programm aufnehmen, die praktikabel sind, wo Betriebe kreativ sein können und mehr Spielraum haben – trotz Beachtung von Umweltschutzrichtlinien.“
- Gesetzliche Festlegung der Pachtdauer
- „Kohärente und langfristige Planung“ (legislaturperiodenübergreifend)

4.1.2 Boden

Die Mehrheit der befragten Landwirte leidet unter den z.T. extrem gestiegenen („von 3-5.000,-/ha auf 10-25.000,-/ha“) Boden- und Pachtpreisen („Boden ist tägliches Hauptthema, wichtiger als die Produktion“) und beklagt eine Tendenz zu sehr kurzer Pachtdauer (z.T. 1-2 Jahre), die große Unsicherheit mit sich bringe und auch kollidiere mit der KULAP-Verpflichtung über 5 Jahre. Pachtverträge über die früher üblichen 12 Jahre würden angestrebt und nur teilweise noch realisiert. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hätten einige Landwirte ihre Eigentumsanteile erhöht, aber auch „weil Eigentümer nicht mehr bereit waren zu verpachten“. Für andere stünde es nicht mehr zur Debatte, „weil eine Generation nicht mehr schafft, das abzuarbeiten.“

Hinzu käme die „hohe Grunderwerbsteuer in Brandenburg“ (im Moment 5%, geplante Erhöhung auf 6,5%). Thematisiert werden auch die negativen ökologischen Auswirkungen der „Vermaisung“ und Intensivierung der Landwirtschaft auf benachbarte Öko-Betriebe in den letzten 10 Jahren.

Verschiedene Gründe werden für diese Entwicklung angeführt:

- Die steigenden Preise werden überwiegend auf die Biogasförderung zurückgeführt („drastische Konsequenzen“, „überholt von Biogas“, „wenn landwirtschaftliche Fläche zweckentfremdet wird, steigt der Druck auf dem Markt“). Allerdings gibt es in der Wahrnehmung und Ausprägung der Flächenkonkurrenz mit Biogasanlagen regionale Unterschiede. Man hofft allerdings, dass sich durch die Novellierung des EEG (2014) „der Druck verringern“ würde und „man sollte nicht nach hinten gucken.“
- Hohe Tierproduktion
- Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzflächen
- Foreign Investment/ „Landgrabbing“

Viele Landwirte gaben an, negative Erfahrungen mit der BVVG gemacht zu haben („Preistreiber“, „dubiose Kaufverträge“, „halb-kriminell“) und loben den Bio-Bodenfonds der GLS-Bank (haben Land gekauft und verpachten langfristig „zu guten Konditionen“), sehen aber auch die finanziellen Grenzen („kauft Land und möchte dafür eine Rendite, aber die Einkaufspreise sind viel zu hoch“) und stellen Bodenfonds als Alternative in Frage („Landgrabbing“, „klar, dass Menschen damit Geld verdienen möchten“).

Die Lösung der Bodenproblematik wird generell eher pessimistisch betrachtet. Neben der Flächennutzungsplanung wird die Berufung auf das Grundstückverkehrsgesetz

(Verhinderung der „ungesunden Verteilung des Grund und Bodens“) als ein Ansatz genannt, aber eher skeptisch gesehen („gibt keine Lösung her“, „hapert an konkreter Umsetzung“). Auch eine Regulierung der Verpachtung (Dauer/Höhe) wird diskutiert, stünde „aber im Kontrast zum freien Bodenverkehr“

4.1.3 Agrarökologische Bedingungen

Landwirte, die schon seit über 20 Jahren das Wetter dokumentieren, berichten über klimatische Veränderungen, die zu einer Anpassung der Anbaupläne geführt hätten. Obwohl sich die Gesamtniederschlagsmenge nicht verändert hätte, gäbe es Verschiebungen bei der Verteilung („seltener, dafür stärker und zu ungünstigen Zeitpunkten“): Frühjahrstrockenheit („April-Juni zu wenig“), stärkere Niederschläge im Sommer („Juli-August zu viel“), Herbsttrockenheit. Die Niederschlagssituation/Wassermenge scheint regional unterschiedlich zu sein. Einige Betriebe leiden unter Trockenheit (Tendenz zur „Versteppung“) und damit verbundenen Stickstoffdefiziten, die schwer auszugleichen seien („Zwischenfrüchte verursachen auch Kosten“). Andere Betriebe geben an, eine „bessere Niederschlagssituation in den letzten Jahren“ gehabt zu haben.

Die klimatischen Veränderungen haben auch Auswirkungen auf die Verarbeitung: „In den letzten Jahren ist die Ernte immer einen Monat früher fertig, darunter leiden auch die Backqualitäten, weil es immer trockener und wärmer wird.“ Es gäbe aber auch Vorteile: „weniger Wicken, weniger Mutterkorn und Schimmelpilze.“

4.1.4 Ausbildung

Es werden Defizite in der Ausbildung im ÖL („wissensintensiv“) konstatiert: „Gemüsebauer haben Nachwuchsprobleme“, „Agrarwissenschaftler sind praxisfern“ (wobei Absolventen der HNE Eberswalde und Kassel-Witzenhausen lobend hervorgehoben werden). Auch an Meisterschulen „wird immer noch blöd gelächelt über den Ökolandbau“, „wenn ich Glück habe, sitzt ein Ökolandwirt drin.“ Die Wichtigkeit von Berufsschulen wird hervorgehoben, wobei auch in diesem Zusammenhang auf die politische Einflussnahme des Bauernverbandes verwiesen wird (Opposition gegen Antrag auf Aufnahme des ÖL in den Lehrplan, der „konventionell ausgerichtet ist, auf Wachstum“). Es wird generell Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht, „dass es in einem Flächenland wie Brandenburg keine Möglichkeit gibt, sich in der beruflichen Ausbildung auf den Ökolandbau zu spezialisieren oder irgendeine Art der

Kompetenzerwerb von staatlicher Seite ermöglicht wird. Man kann den praktischen Teil auf einem Ökobetrieb machen, aber in der Theorie gibt es nur ganz wenige Stunden zu „alternativen Anbaumethoden“ und da machen die Bioenergie, und keinen ÖL. Da könnte man viel machen.“

4.2 Regionalität & regionale Wertschöpfung

Erwartungsgemäß gibt es keine verbindliche und einheitliche Definition von **Regionalität**: „Regionalität ist in Berlin gut definiert = Brandenburg“, denn „Regionalität kann sich immer nur auf einen kulturellen Raum / Identitätsraum beziehen.“

Für einige Befragte fließt auch die Verarbeitung in die Definition von Regionalität ein: es ist die „nächste Möglichkeit, das Produkt hergestellt zu bekommen, es kommt auf die Hauptproduktion und auf die Hauptzutat an“ (Beispiel: Orangensaft ist regional, wenn Verarbeitung hier stattfindet).

„Regionalität ist an manchen Stellen fließend“ und politisch-territoriale Grenzen verschwimmen, wenn Entfernung ausschlaggebendes Kriterium ist: „Man muss Regionalität differenzierter sehen...Regionalität ist für uns auch Polen“ („beste Heu-Milch“) und: „Polen ist „grenzwertig regional.“

Auch in der EU-Öko-Verordnung sei der Begriff nicht adäquat definiert (Beispiel: zusätzliche Futtermittel könnten von „Öko-Hof aus der Region kommen - aber was heißt denn aus der Region?“).

Es wird darauf verwiesen, dass der Handel „auf eine gewisse Standardisierung angewiesen“ sei und somit Regionalität immer nur ein „Schaufenster“ bleiben würde („Hauptabsatz werden immer standardisierte Produkte bleiben“ mit langer Wertschöpfungskette, und „Regionalität hängt auch von der Haltbarkeit der Produkte ab“). Demgegenüber steht allerdings der klare Trend zur Regionalität aus Konsumentensicht: „die Leute haben ein Interesse an authentischen Produkten, sie suchen nach Orientierung in einer globalisierten Welt, wo immer alles ein Stück weit gleicher wird“, „es liegt an den Verbrauchern, ob sie Produkte aus der Region (monetär) wertschätzen“. Doch genau das scheint der springende Punkt zu sein: „das Thema Regionalität spiegelt die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich wider: alle möchten regionale Produkte kaufen, aber das günstig.“

Regionalität wird gleichzeitig als Chance und auch als Risiko für den ÖL gesehen („Verkaufsargument des konventionellen LEH, das eine sehr starke Kommunikationskraft hat“, aber „Massentierhaltung kann auch regional sein“).

Obwohl man sich einig ist, dass „Bio“ und „regional“ gut zusammenpassen („kurze Wege, kurze Wertschöpfungsketten“), wird darauf verwiesen, dass Systemdenken in „geschlossenen Nährstoffkreisläufen“ („die können aber unterschiedlich groß sein“) wichtiger ist als eine „Landbauform auf eine Region zu beschränken“ („das würde dazu führen, dass in vielen Regionen Europas der ÖL gar nicht möglich wäre, aufgrund fehlender regionaler Kreisläufe“). Die Grenzen von Regionalität werden aufgezeigt: „nur wenig, von dem, was der Markt fordert, kann man in Brandenburg zur geforderten Zeit anbauen“, „Lagern heißt hohe Energiekosten, das ist die Zeit, wo Ägypten, Marokko und Italien liefern“, „regional ist nur besser zur Saison.“

Regionalität wird aber auch als „selbst gewählt“, „Wunsch und Wille“ und „absolute Überzeugungssache“ eingestuft, die man aus „ökologischen und sozialen Gründen“ machte und nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen („regional ist immer teuer“, aber „wir wollen ja die regionale Landwirtschaft fördern“).

Die **Wertschöpfungslücke** im ÖL in Brandenburg wird von vielen Befragten in der Verarbeitung / Veredelung (insbesondere im Gemüsebereich und in der Fleischverarbeitung) ausfindig gemacht („zwischen Handel und Produzenten“). Auf Verarbeiterseite (Molkereibereich) sieht man die Lücke „in der Produktion, nicht in der Verarbeitung“, da der Bedarf an regionaler Bio-Milch nicht annähernd gedeckt werden könne.

Die Lücken in der Wertschöpfungskette werden als „Riesenproblem“ bewertet, das „Wachstum begrenzt“. Der Ernährungswirtschaft wird „wenig kettenbewusstes Denken“ („der Bauer produziert vor sich hin und schaut dann weiter“, „jeder sucht zu sichtbar seinen eigenen Vorteil“) und Mangel an langfristigen Kooperationen bescheinigt: „kurzfristiges Denken, das auf Gewinnmaximierung zielt, verhindert langfristige Lieferbeziehungen.“

Die Rolle der Politik bei dem Aufbau von Wertschöpfungsketten wird unterschiedlich bewertet: einige sehen sie in der Pflicht, andere nicht: „wir leben in einer freien Marktwirtschaft, die Landwirte sind Unternehmer, die Händler und die Verarbeiter auch...Politik kann hierbei unterstützen, aber es ist nicht ihre primäre Aufgabe, sondern das ist eine Aufgabe der Wirtschaftspartner.“

4.3 Produktion

Der Brandenburger Landwirtschaft wird großes Potential bescheinigt: „die Landwirte könnten die Bevölkerung mit einheimischen Produkten ernähren, Importe wären nicht notwendig.“ Die befragten Landwirte nennen jedoch verschiedene allgemeine Herausforderungen:

- Steigende Betriebskosten (Energie, Pacht, etc.), daher kaum Gewinnsteigerung („Preise müssten eigentlich nach oben korrigiert werden“)
- Qualifiziertes Personal finden und an den Betrieb binden („große Investition“, aber „die meisten gehen nach ihrer Ausbildung studieren“, „Neuzugänge aus Polen helfen uns“), was auch Einfluss auf das Produktionsspektrum hat („Biobetriebe müssen sich spezialisieren, alles machen mit dem Personal, was verfügbar ist, ist nicht möglich“)
- Vereinzelt die Umsetzung der Mindestlohn-Regelungen, in erster Linie in Angestellten-Betrieben („Mindestlohn wäre eine Chance gewesen, dass alle Bauern ihre Preise erhöhen, aber es gibt ja wieder Ausnahmen“)
- Teure Anpassung der Produkte an Supermarkt-Standards („formschön und piccobello“, „Einheitlichkeit wird gewünscht, ist aber sehr schwer zu erfüllen“)
- Schlechte Standortbedingungen und damit schwierige Konkurrenz mit Ausland (bessere Böden/klimatische Bedingungen, niedrigere Löhne, etc.)
- Spannungsfeld zwischen Einhaltung der Anbauverbandsparameter vs. ökonomischem Überleben

Der Anbau von **Gemüse & Obst** wird als sehr schwierig und arbeitsaufwendig eingestuft: „Qualitätsanforderungen zu hoch“ (standardisierte Ware), „harte Arbeit“, viel Personal, keine Verarbeitungstrecken („Bioläden wollen keine ungewaschenen Früchte“), „Fruchtfolgen sind ökonomisch problematisch.“ Die Sonderförderung wird als „nicht relevant“ bezeichnet, „wäre aber gutes Signal.“ Es wird anerkannt, dass die Nachfrage (speziell auch für Schulspeisung) da sei, aber „Land fehlt“ und „es ist schwierig, Betriebe zu gründen und es fehlen Leute, die Lust haben.“

Die Sortenauswahl wird in der Regel angepasst an Händler- und Kundenpräferenzen, erfolge aber auch nach eigenem Ermessen. Die Schwierigkeit der Synchronisation von Angebot und Nachfrage wird thematisiert: „dass in Berlin die Nachfrage da ist, ist allen klar, was nicht so klar ist, ist, warum die Bauern nicht das anbauen, was in Berlin gefragt ist.“

Auch die **Milchproduktion** wird z.T. als „nicht lukrativ“ bezeichnet mit Verweis auf den Preisdruck der Verarbeiter und generell zu niedrigem Milchpreis sowie den steigenden Investitionsbedarf. Ein weiteres Problem seien die hohen Preise für zertifiziertes Proteinfutter (Sojabohnen), die sich nicht ausreichend im Milchpreis widerspiegeln.

4.4 Veredlung & Verarbeitung

Wie bereits erwähnt, wird der Mangel an (zertifizierten) Schlachtereien als ein „Bottleneck“ in der Wertschöpfungskette angesehen (speziell für die Wurstproduktion), obwohl die Mehrheit der befragten Landwirte mit Fleischviehhaltung mit einem regionalen Schlachter arbeitet (nicht unbedingt öko-zertifiziert). Es habe „eine hohe Konzentration stattgefunden, die die übrig geblieben sind, geben die Preise vor...wachsen, oder weichen.“ Einige Ökobetriebe ließen „auch aus Mangel an Alternativen bei normalen Schlachthäusern schlachten und müssen dann konventionell verkaufen.“

Es gäbe derzeit keinen großen Rinderschlachthof in Brandenburg („Kälber gehen an Schlachthof in Schleswig-Holstein“).

Zu den vermuteten Gründen für den Mangel an verarbeitenden Betrieben zählen erhöhte Anforderungen und sehr hohe Auflagen („Politik macht alles kleine platt“) sowie mangelnder Nachwuchs und Angestellte.

Demeter-Landwirte berichten, dass sich durch die neu gegründete Bio-Manufaktur Havelland in Velten (Bio Company) die Nachfrage nach Kalbfleisch und die Preisstruktur verändert hätte, da man Fleisch günstiger bei anderen Anbietern und Anbauverbänden beziehen könnte (bei denen es „große Abzüge bei Fleisch nach Größe etc.“ gäbe, „nicht Stückpreis pro Kalb“).

Besonders problematisch scheint die Vermarktung von Legehennen als Suppenhühner o.ä.. Sie würden häufig in großer Anzahl zu geringen Preisen konventionell verkauft, die Wertschöpfungskette fehle („Schlachter fehlt und dann Verbindung Schlachter-Supermarkt“, „man könnte schon so eine Kette aufbauen, aber das kostendeckend zu gestalten, dafür braucht man Profis“).

Der Molkereibereich scheint gut aufgestellt. Es gibt diverse größere und kleinere Biomilchverarbeiter in Brandenburg (regional und überregional: Absatzmarkt und Lieferanten) mit unterschiedlichen Milchqualitäten. Der Biobasispreis (+ Verbands-

zuschlag und Zuschläge für Qualitätsprogramme) und die Verkaufspreise variieren. Auf Verarbeiterseite wird die generelle Bereitschaft signalisiert, höhere Preise zu zahlen aber gleichzeitig die Frage gestellt: „Möchte man Bio für die Mitte der Gesellschaft machen oder nur für eine zahlungskräftige Elite?“ Es wird auch auf die hohen Verpackungskosten bei kleineren Mengen verwiesen.

Auf der anderen Seite schätzen Landwirte ein, dass mit Frischmilch „schnelles Geld“ gemacht würde. Es gäbe individuelle Verträge und damit starken Preiskampf („keine faire Bezahlung“, „viele Bauern finanzieren mit Getreide ihre Milch quer, man müsste bei Milch mal die richtigen Preise durchsetzen“).

Die Verarbeitung von Obst und Gemüse ist ein weiteres Problemfeld: „dieser Teil der Wertschöpfungskette ist einfach nicht vorhanden“, „Produktion an sich ist kein Problem, aber alles, was danach kommt“, „Betriebe müssten sich spezialisieren; diese ganze Nachfolgetechnik ist ziemlich teuer und wird in den wenigsten Fällen gefördert“, „Lagerhallen, Waschstraßen etc. sind investitionsintensiv“.

Die befragten Landwirte im Demeter-Verband liefern den Großteil des Getreides an eine Berliner Bäckerei („zu 90% abhängig“) und beschreiben das langfristige Verhältnis als „fair und freundschaftlich“. Im Rahmen der Aktionsgemeinschaft „fair & regional“ treffen sich die Akteure am „Runden Tisch Getreide“: „bei uns bestimmen die Bauern die Preise, wir stellen zusammen, wie viel Getreide wir brauchen, die Bauern, wie viel sie denken zu ernten, dann verteilen wir das gemeinsam gerecht“, „Ziel ist, dass die Bauern gut leben und arbeiten können (sie bekommen doppelt soviel wie woanders)“, „unsere Arbeit basiert auf Vertrauen“. Die Preispolitik geht nicht zu Lasten der Wirtschaftlichkeit: „wir wachsen kontinuierlich.“ Die Qualität ist Hauptkriterium, gefolgt von Regionalität: Brandenburg ist 1. Wahl, danach Sachsen und Polen, dann deutschlandweit, dann europaweit. Obwohl eingeräumt wird, dass es unter den großen Berliner Bio-Bäckereien Wettbewerb gäbe, wird der Umgang als solidarisch beschrieben: „wir haben zusammen angefangen, bzw. sind befreundet, wir tauschen auch Rohstoffe untereinander aus.“

Allgemein wird kritisiert, dass es für Getreide und Ölpflanzen nicht genügend Mühlen gäbe, die dann z.T. auch durch Niedrigpreise Regionalität erschweren.

Der Berliner Senat könnte nach eigenen Angaben eine supportive Rolle bei der Entwicklung von Wertschöpfungsketten spielen, auch im Rahmen der „Stadtentwicklung“: „Ökolandwirte können wir nicht unterstützen, höchstens die Weiterverarbeitung...eine Waschanlage für Gemüse braucht nur Platz, macht wenig Lärm und

Investitionen, also warum nicht die Verarbeitung in die Stadt holen? Damit stellt man nicht den Industriestandort Berlin wieder her, aber die Eigenproduktion dient zumindest als Schaufenster.“

4.5 Vermarktung & Vertrieb

Die befragten Landwirte haben unterschiedliche Vermarktungsstrategien. Für einige sei die „Mischung wichtig“, andere konzentrieren ihre langfristigen Beziehungen auf den Großhandel oder einzelne Verarbeiter. Einige setzen auf Direktvermarktung, die als ökonomisch attraktiv, aber auch „personalintensiv“ eingeschätzt wird: „Kundenkontakte müssen aufgebaut und gepflegt werden, aber „es gibt zu wenige Produzenten, die wirklich den Kontakt zum Kunden haben...diese Art des Kontaktes macht die Landwirtschaft interessant“. Darüber hinaus gibt es Landwirte, die „möchten breit verkaufen, nicht nur nach Berlin („so wie früher“), für andere ist Regionalität „extrem wichtig.“

Die genannten Vermarktungs- und Vertriebswege beinhalten:

- Naturkostfachhandel
- Großhandel (Terra), z.B. Kartoffeln
- Regionale Wiederverkäufer (Fleisch)
- Getreide an Bäckereien
- Direktgeschäfte mit anderen Landwirten
- Hofladen
- Wochenmarkt
- Abo-Kisten (eigene oder Zulieferung)
- Überregionaler Verkauf von Tieren (z.B. Läufern)
- „von hier“ für konventionellen LEH

Das Thema „Berliner Gastronomie“ wird z.T. nach schlechten eigenen Erfahrungen generell skeptisch bis negativ bewertet: „lohnt nicht“/ „nicht ökonomisch“ („wollen nur Filet“, Rest?), „mangelnde Zahlungsbereitschaft“. Als Beispiel wird die Aktion „Gastronom sucht Bauer“ angeführt: „Schuss in den Ofen“, alle wollten Bioprodukte, aber keiner der Gastronome wollte mehr für Bioprodukte bezahlen, „Bedarf von Seiten der Gastronomie ist definitiv nicht da, das kann man vergessen, die möchten preisgünstig einkaufen und teuer verkaufen.“ Die direkte Belieferung wird als „ineffektiv“ gesehen, „man bräuchte Großhandel wie Terra“, „könnten als Zwischenhändler fungieren.“

Einige Landwirte lehnen die Zusammenarbeit mit „Discountern“ ab, denn sie wollten „keine Lieferzwänge oder Preisdiktat“. Die Beziehung zum Handel wird generell sehr unterschiedlich und eher kritisch bewertet:

- „Mit der Landwirtschaft kann man kein Geld verdienen, an der Landwirtschaft schon“
- „Im Bereich der Vermarktung sind wir dem Handel ausgeliefert“ (Preise, Mengen)
- „Der Handel kommt immer zurecht, aber wir werden so gedrückt im Preis, bei uns geht das schnell in die roten Zahlen“
- Großhandel kauft „inzwischen auch lieber große Einheiten; kleine Erzeuger fallen inzwischen schnell mit hinten runter“
- Bio Company sei Discounter, „macht viele kleine Läden kaputt“, mit riesigen Jahresumsätzen, diktiert Preise
- LEH hat „kein intrinsisches Interesse“ an Regionalität
- „Regionale Produzenten bleiben auf ihren Waren sitzen, bekommen keinen wirtschaftlichen Preis für ihre Produkte“ (Beispiel: Kartoffeln)
- Regionalität würde in den Bioläden vernachlässigt mit der Argumentation, „dass die Kunden alle Produkte verlangen“, aber es mangelte an Aufklärung: „wenn den Kunden bewusst wäre, was importierte Waren für Probleme mit sich bringen, würden sie diese wahrscheinlich nicht kaufen“
- „Regionalität wird auch im Großhandel vernachlässigt“ (Beispiel: Erdbeeren aus Spanien, zur Erdbeerzeit in Deutschland)
- „Konzentration auf wenige Ketten im Bio-LEH ist eine Gefahr“
- „Die Gefahr sehe ich bei EDEKA, REWE, wo man mit Einkäufern zu tun hat, die von Augenhöhe nichts verstehen“
- „Terra zahlt fast immer die Preise, die wir brauchen, das hat man bei anderen nicht“, aber „es gibt keine vertragliche Beziehung“, „alles handshake“, „es gibt eine große moralische Verpflichtung, aber keine Sicherheit“
- „Es gibt keinen schlüssigen Grund, warum Milch 1€ kostet, es gibt nur den Grund, dass sie billig sein muss und immer hinten im Laden steht, damit alle durch den Laden durch müssen“...“der Handel verdient noch mit anderen Produkten, aber wir Milchbauern haben nur die Milch, mit der wir Geld verdienen müssen“
- „Das Problem sind aber die Preisaufschläge des Handels, am Ende sind es immer 100% Preisaufschlag auf der Ladentheke, warum muss ich ein teures Produkt mit den gleichen Preisaufschlägen belegen, wie ein billiges Produkt?“

- „Die Vermarktung über den Naturkostgroßhandel ist für uns sehr gut, weil wir dadurch alles, was wir produzieren, vermarkten können (nehmen alles, auch größere Mengen ab)“
- „Der Handel macht schon große Aufschläge, 100% zwischen unserem Preis und dem, was das Produkt am Ende im Laden kostet, aber das ist trotzdem für uns interessant; wir werden uns immer gut einig, aber wir bieten auch ein Nischenprodukt an“

Auf der anderen Seite schildert der Berliner Handel die Lage und Herausforderungen aus seiner Sicht:

Der schnell wachsende Berliner Bio-Markt sei hart umkämpft (Bio Company „Platzhirsch“) und ist lukrativ („wirtschaftliche Situation ist gut, „Umsatz ist steigend, auch durch Vegan Boom und Lebensmittelskandale“). Es würde jedoch zunehmend schwieriger, „adäquate Flächen“ zu finden: „der Markt ist dicht“, was nicht zuletzt auf den „Einzelhandelsboom“ zurückgeführt wird („im Non-Food Bereich viele Konkurrenten“). Es wird vermutet, dass es in 3 Jahren in Berlin 100 Biosupermärkte geben wird. Allerdings wären die „Renditen nicht so hoch“ und es bestünde ein „sehr starker Kostendruck für alle“. „Sparpreise“ wären nur möglich durch Mengeneffekte und „geringere Logistikkosten“ (eigenes Zentrallager), „ohne Produzenten an die Wand zu drücken.“ Im Biobereich würde die Logistik sehr große Spannen „schlucken“: „an der Milch verdienen wir eigentlich nichts, aber wir müssen sie halt haben, wir können nicht den Preis weiter senken, sonst hören die Bauern auf zu produzieren“, Milch „wird durchgereicht, ebenso Butter.“

Die Herkunft der Waren ist unterschiedlich. Regionale Produkte umfassten hauptsächlich Bäckereiprodukte und Obst und Gemüse, Milch und Fleisch kämen auch aus anderen Regionen (direkte Vertragshändler). „Wir versuchen jedes regionale Produkt, das uns angeboten wird, zu vermarkten. Wichtig ist da aber auch der Preis. Wenn der Preis nicht doppelt so hoch ist, präferieren wir regionale Produkte.“ Obst & Gemüse würden vom Großhandel bezogen, „von dem wir abhängig sind, abhängig davon, welche regionalen Produkte er uns liefern kann“, „entscheidet, welcher Produzent aufgenommen wird“ (keine Anbieter, die „zu wenig / zu unregelmäßig“ produzieren). Streckenlieferanten (im filialiserten LEH) seien selten: „es ist für uns total aufwendig, für zwei Wochen Erdbeeren von einem regionalen Produzenten liefern zu lassen, ich würde es machen, wenn ich selbstständig wäre.“ Der Obst- und Gemüse-

Großhandel beziffert den Umsatzanteil von Bio auf ca. 4%: „entspricht Gesamtnachfrage und Bio-Marktanteil – könnte höher sein, wenn Bedarf größer wäre“.

„Alles, was lange haltbar ist, da ist die Handelsspanne groß“, im Obstbereich am geringsten.

Aber „die Mengen stimmen nicht (ich könnte das Doppelte an regionalen Produkten verkaufen), der Absatz ist nicht das Problem“, „gelagertes regionales Gemüse war im letzten Jahr Ende Februar ausverkauft.“ Man hätte gern mehr regionale Produkte, verweist aber auch auf das mit einer Expansion verbundene „unternehmerische Risiko, das der Produzent trägt“, was mit Investitions- und Absatzfinanzierung gemindert werden sollte. Man sieht sich in einer besonderen Verantwortung: „wir praktizieren nicht nur ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, sondern auch kulturelle und soziale Nachhaltigkeit.“

Um Regionalität zu fördern, werden z.B. auch „Regionalwochen“ veranstaltet (Stand mit Infos), wobei das mangelnde Engagement der Landwirte kritisiert wird: „ich habe hier noch nie eine Anfrage von einem Bauern gehabt, ob wir in dieser Richtung mal was zusammen machen wollen, im Gegenteil, wir haben regionale Bauern angefragt, und denen war es zu mühsam, ihre Produkte im Laden zu verkaufen.“ Demgegenüber steht die Aussage einer Landwirtin: „wie viel Marketing kann ein Bauer leisten?...wie viel Zeit hat der Bauern neben seiner eigentlichen Aufgabe für unternehmerische Tätigkeit?“

Die Direktvermarktung würde nicht als Konkurrenz wahrgenommen, eher der Internethandel und der konventionelle LEH: „Die Hersteller müssen ja, was ich nicht verstehe, jedes Jahr wachsen, wachsen, wachsen. Uns gefällt es nicht, wenn die Biomarken auch im konventionellen LEH vertreten sind.“

Auch im LEH wird ein Fachkräftemangel beklagt („große Probleme mit Azubis, richtiges Fachpersonal hatten wir eigentlich noch nie“).

Der ÖL leide unter den niedrigen Preisen im konventionellen Bereich: „die relative Vorzüglichkeit des ÖL hinkt hinterher, weil die Öko-Preise nicht im gleichen Maße gestiegen sind...bei den Preisen haben wir keine vollständige Wahrheit bei konventionellen Produkten, da ja viele Kosten externalisiert werden.“

4.6 Konsumenten

Die steigende Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln in Berlin scheint unbestritten und spiegelt sich auch in den Wachstumszahlen des Berliner Bio-Marktes wider („Bio ist ein Megatrend, Umsatzzahlen der Branche wachsen seit 15 Jahren jährlich fast 10%“). Nach Aussagen des LEH haben sich „die Ansprüche der Kunden in letzter Zeit sehr verändert“ und es werden regionale Produkte präferiert, jedoch werden die Preisakzeptanz („in anderen Regionen bekommt man mehr Geld für seine Produkte“) und die Zahlungsbereitschaft der Konsumenten angezweifelt bzw. kritisiert: „Nachfrage ist nach ‚Biobillig‘ da“, aber „gut und billig passen nicht zusammen“ und „die Preise hinter den Regionalprodukten sind oftmals nicht kostendeckend“, „das Problem ist, dass der Deutsche denkt, dass man bei Lebensmitteln sparen muss.“

Man sieht die Konsumenten in der Pflicht (können „Druck ausüben“): „Wir können von heute auf morgen entscheiden, wie produziert wird, wenn wir anders kaufen. Es liegt nicht daran, dass die Konsumenten keine Ahnung haben...viele Menschen wollen es gar nicht wissen.“

Darüber hinaus werden die Kundenerwartungen als unrealistisch eingeschätzt: „Berliner wollen regionale Ware und zwar das ganze Jahr über. Aber das ist ja nicht möglich. Selbst wenn alle Produzenten doppelt so viel produzieren würden, würde es trotzdem nicht reichen“. Man sieht die Kunden im „Spannungsfeld zwischen Vollsortiment und dem Wunsch nach möglichst regionaler Ware“: „einige kaufen saisonabhängig, aber es gibt auch die anderen, die 365 Tage im Jahr einen Apfel haben wollen“. Obwohl eine relativ weite Preisspanne akzeptiert würde (z.B. Eier), griffen Kunden zu nicht-regionaler Ware, wenn der Preis zu hoch sei.

Die Direktvermarktung wird als ein zentraler Lösungsansatz gesehen: „Verbraucher werden verwirrt durch nicht-standardisierte Produkte bzw. zu viele Produkte, durch die die Preise nicht eindeutig werden (Transparenz fehlt)“, „je verunsicherter der Verbraucher bezüglich Lebensmitteln ist, desto öfter kommt er zu uns.“ Produzenten könnten sich allerdings „stärker engagieren im Bereich des Direktabsatzes“, aber „die Landwirte haben das nicht gelernt in ihrer Ausbildung, und sie haben den Beruf nicht gewählt, um mit den ‚Städtern zu chatten‘. Aber man muss Lust auf Kommunikation haben, wenn man Direktvermarktung machen möchte.“ Um diese Defizite auszugleichen sieht man auch die Politik und Institutionen in der Pflicht („mehr Qualifizierungsmaßnahmen“), man bräuchte allerdings „einen langen Atem“: „Verbände

knicken aber auch schnell ein, man muss Veranstaltungen regelmäßig veranstalten, wenn man möchte, dass sich etwas ändert.“

Aufklärung der Verbraucher wird Priorität eingeräumt: „Man kann Konsumverhalten nur verändern, wenn man den Konsumenten klarmacht, dass es für sie besser ist.“ Die Bio-Branche hat einen „Informationsauftrag“: „erklären, warum Bio die einzige Alternative ist, warum die konventionelle Landwirtschaft nichts Gutes für uns leistet (warum zahlen wir mit unseren Steuern die Beseitigung von Folgekosten / Externalitäten, warum sind konventionelle Lebensmittel so subventioniert, so dass sie sogar günstiger erscheinen), und das „Dickicht an populären Vorurteilen“ müsse transparent gemacht werden.

Für den Berliner Senat (Verbraucherverwaltung) hätten die Themen ÖL und „Regionalität“ aus Verbrauchersicht hohe Priorität (u.a. Thema der „Wertewochen Lebensmittel“ 2014). Die Berliner sehen ihre Rolle u.a. in der Kommunikation der Verbrauchernachfrage („das ist wichtig für die Erzeuger, damit sie wissen, wo sie ihre Produkte absetzen können“). Es gibt eine Zusammenarbeit/ Kooperationen mit dem MLUL (auch durch Agrarministerkonferenz), „wobei die Ausgangsinteressen unterschiedlich sind“: große Agrarflächen in Brandenburg vs. Interesse der Berliner Bevölkerung an (kleinteiligem) Bio („die aber keine Ahnung von Landwirtschaft haben“), es gäbe unterschiedliche Vorstellungen der Verbraucher und der Landwirte von Landwirtschaft. Auf politischer Ebene gäbe es Konflikte (z.B. Schweine-mastanlagen), aber auch Kompromisse („inzwischen hört uns Brandenburg auch“). Im Rahmen eines Marktworkshops mit Brandenburger Produzenten und dem Berliner Handel, etc. wäre deutlich geworden, dass für manche „Berlin zu weit weg ist“ und dass sie ihre Produkte in Brandenburg absetzen können, andere wüssten nicht, wo und wie sie auf den Berliner Markt kommen.

4.7 Sonstiges/ Ausblick

Die Zukunftsaussichten werden düster bis optimistisch eingeschätzt. Ein „weiteres Höfesterben (zumachen oder vergrößern)“ wird befürchtet. Es gäbe „keine Nachfolger (eigene Kinder auch nicht an Landwirtschaft interessiert)“.

Viele Betriebe hätten umgestellt „wegen der Förderung (keine Überzeugungstäter), aber durch Greening wird die konventionelle Erzeugung auch wieder attraktiver“ (Preisabstand sei gesunken) und „es werden noch mehr auf konventionell umstellen und das ist auch politisch so gewollt.“ Man glaubt jedoch, dass beide

Bewirtschaftungsformen „nebeneinander existieren“ können: „nur mit Bioproduktion kann man nicht genug Nahrung produzieren, und man findet auch nicht genug Arbeitskräfte, die bereit sind, diese harte, arbeitsintensive Produktionsweise zu machen.“

Andere meinen, dass der Rückgang von Öko-Flächen und -Landwirten „kein Trend“ sei, eher eine „Summe von Faktoren“, der „Markt wird sich durchsetzen“, aber „wir brauchen Unternehmergeist.“ Im Zusammenhang mit Regionalität setze man auf die junge Generation („sind beweglicher“) und hoffe, dass wir lernen „nur mit dem auszukommen, was es grad regional gibt“. Man glaube an den „Bewusstseinswandel“, sähe den Menschen aber als „Gewohnheitstier“: „Man muss Geduld aufbringen. Wenn man genug Leute hat, die dafür offen sind, wird es einen Wandel geben, aber man darf da nicht naiv sein. Ernährung hat so viel mit Emotionen und kultureller Erfahrung zu tun.“

Trotz schnellen Wachstums hätte die Biobranche großes Ausbaupotential und stünde vor großen Herausforderungen: „laut einer Untersuchung ist ein Biokäufer einer, der über 60% bio kauft, dann sind das 0,7% der Deutschen, die Bio kaufen; also gibt es noch 99,3% Markt zu erobern, wir müssen ja zu 100% kommen, das geht ja viel zu langsam!“

5 Diskussion & Handlungsempfehlungen

Unsere qualitativen Befragungen haben zwar keine statistisch verwertbaren Ergebnisse erbracht, liefern jedoch ein interessantes Stimmungsbild der Öko-Branche in Berlin-Brandenburg und regen zu weiterer, detaillierterer Forschung an. Sie sind nicht für die Grundgesamtheit repräsentativ – zeigen z.T. individuelle, aber auch allgemein zutreffende branchenspezifische Probleme entlang der gesamten Wertschöpfungskette auf. Diese Ergebnisse decken sich zum Teil mit anderen Untersuchungen (FORSTNER UND TIETZ 2013, FORSTNER ET AL. 2011, KÖGL UND RUDOW 2014, KUHNERT ET AL. 2013, OTTO 2014, WANNEMACHER UND KUHNERT 2009), betrachten aber die gesamte Wertschöpfungskette in der Hauptstadtregion und haben auch zu neuen Erkenntnissen geführt über die äußerst komplexen Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren.

Das Thema Boden spielt mittlerweile eine zentrale Rolle bei der Mehrheit der befragten Landwirte und muss Teil der politischen Agenda werden bzw. erfordert eine

institutionelle Regulierung. Der „freie Bodenverkehr“ birgt aus unserer Sicht große Risiken und ist nicht mit der staatlichen Verantwortung für die Gewährleistung öffentlicher Güter wie Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang muss der ÖL auch einen höheren politischen Stellenwert bekommen, auch nicht zuletzt damit die Schere zwischen regionaler Produktion und urbaner Nachfrage nicht noch größer wird bzw. sich die Zahl der Ökolandwirte, die ihre Tätigkeit aus ökonomischen Gründen aufgeben oder rückumstellen, weiter zunimmt. Die rasante Entwicklung der Biogaserzeugung durch das EEG zeigt, dass Förderung bei entsprechendem politischen Willen möglich ist und auch zu den beabsichtigten Ergebnissen führt.

Des Weiteren ist die Heterogenität der Branche bzw. der Akteure der Wertschöpfungskette auffällig, was sich in unterschiedlichsten Problemen, Prioritäten, aber auch der wirtschaftlichen Situation widerspiegelt – und auch eine einheitliche Förderung erschwert bzw. in Frage stellt. Es gibt eine große Diskrepanz zwischen beeindruckenden Wachstumszahlen des Handels oder einiger Verarbeiter und den Erzeugern aus Brandenburg, die nicht in ausreichendem Maße vom Nachfrageboom nach Ökolebensmitteln profitieren.

Im Folgenden haben wir einige von den Befragten genannte zentrale Probleme und eine Auswahl von potentiellen Lösungsansätzen zusammengestellt:

Probleme	Lösungsansätze & Handlungsempfehlungen
Rahmenbedingungen	
<p>Ökolandbau in Brandenburg wird in der Wahrnehmung politisch keine Priorität eingeräumt und nicht konsequent und zuverlässig gefördert</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Klare, glaubhafte politische Signale, nicht nur durch verlässlichere Förderung - Landwirtschaft im Allgemeinen muss politisch höhere Priorität bekommen: Ernährungssouveränität und -sicherheit, Nachhaltigkeit (öffentliche Güter) - Erkennbare Strategien & langfristige Programme, legislaturperioden-übergreifend - Umstellungsförderprogramm für Milchviehbetriebe (in Zusammenarbeit mit Molkereien): Überbrückungszahlungen und Beratung - „Niederlassungsprämie“ für junge Ökolandwirte (Vorbild Österreich: „kreative“ und flexiblere Interpretation von EU-Rahmenbedingungen)¹⁶ - Mindestinvestitionsvolumen verringern, um auch kleinere Landwirte zu erreichen - Siehe auch „Wünsche an Politik“, S. 43
<p>Mangel an Spezial-Beratung & Wissenstransfer</p>	<ul style="list-style-type: none"> - (Politisch geförderte) engere Zusammenarbeit von Akteuren der Wertschöpfungskette mit Universitäten und Forschungsinstituten mit dem Ziel der bedarfsgerechten und unabhängigen Beratung - Mehr Geld für F+E: Anpassung an Klimawandel, nachhaltige Intensivierung, etc. (Anteil von öffentlichen Forschungsmitteln für den ÖL sollte sich an seinem Anteil an der Gesamtwirtschaft bemessen, zur Zeit beträgt er nur 1,5%) - Umsetzung European Innovation Partnership (EIP)

¹⁶ Wurde von Bündnis Junge Landwirtschaft im MLUL vorgebracht, aber abgelehnt („aus EU-Gründen“)

<p>Verbände „ziehen nicht an einem Strang“</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkere Bündelung von Kompetenzen und Mitteln: Runder Tisch zur Entwicklung der Ökobranche in der Hauptstadtregion (über BÖLW?) mit LBV, FÖL, Märkischer Wirtschaftsverbund, Anbauverbänden, großen Verarbeitern, LEH, etc.
<p>Klimaveränderungen verschärfen ohnehin unvorteilhafte agrarökologische Bedingungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ...und sind ein klares Argument für den Ökolandbau als Adaption- und Mitigationsstrategie (und gleichzeitig Herausforderung für die Wissenschaft, die Vorteile zu dokumentieren) - „Bodenentwicklungsstrategie“ zur Humus- und Nährstoffakkumulation
<p>Hohe Pachten und Preise für Agrarflächen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Austauschplattform/Arbeitsgruppe „kommunale Flächen“ /Bodenmarkt im MLUL mit Kirchen, Kommunen zum Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen und zur Erarbeitung transparenter Vergaberichtlinien - Flächennutzungsplanung als politische, langfristige Aufgabe: sicherstellen, dass z.B. Gewerbegebiete keine landwirtschaftlichen Flächen versiegeln - Mindestpachtzeit gesetzlich festlegen (mindestens über KULAP-Förderzeitraum) - Spezielle (rechtliche) Beratung zum „Pachtflächenmanagement“ (Umgang mit Verpächtern, Laufzeit der Pachtverträge, Zahlungstermine...) - Förderung von regionalen Genossenschaften (z.B. BioBodenGenossenschaft, Ökonauten) - Transparenzinitiative: Pachtkataster / Pachtspiegel als Äquivalent zum Mietspiegel, mit der Erwartung, dass durch mehr Transparenz auch die Preise sinken

	<ul style="list-style-type: none"> - Übertragung der BVVG-Flächen vom Bund auf das Land Brandenburg: Selbstverwaltung (bspw. Existenzgründerprogramme für Junglandwirte) - Verbleibende BVVG-Flächen für Ökolandbau vorbehalten; BVVG ist als Vertreterin des Staates nicht auf Gewinn angewiesen
Konkurrenz zu Bioenergieerzeugung	<ul style="list-style-type: none"> - Fundamentalen Widerspruch zwischen hoher und langfristiger Förderung für die Bioenergieproduktion und kurzer und unsicherer Förderung für den Ökolandbau auflösen (Wettbewerbsverzerrung) - Keine EU-Agrarsubventionen für Pflanzenbau, der ausschließlich der Bioenergieerzeugung dient - Begrenzung / Quote der Flächenbeanspruchung durch Biogaserzeuger - Synergien: Bioenergieerzeugung im Ökolandbau nutzen, z.B. Beheizen von Gewächshäusern von benachbarten Biogasanlagen
„Landgrabbing“	<ul style="list-style-type: none"> - Effektive Durchsetzung des Grundstückverkehrsgesetzes: Kein Landverkauf an Spekulanten bzw. Einschränkung des Teilnehmerkreises bei Ausschreibungen auf hauptberuflich in der Landwirtschaft tätige Personen - Keine Agrarsubventionen von Unternehmen / GmbHs zwischen 3000 bis 5000 ha (Landkonzentration)
Ausbildung: ÖL wird vernachlässigt, besonders auf Berufsschul-, aber auch auf Hochschulebene	<ul style="list-style-type: none"> - Ökolandbau modular fest in den Stundenplänen der Berufsschulen verankern, nicht nur als Option - Ausbau des universitären Angebotes

Regionalität & regionale Wertschöpfung	
Keine feste Definition von Regionalität	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkerer öffentlicher, institutioneller und wissenschaftlicher Diskurs zur Definition und Relevanz: z.B. institutionalisierter Austausch auf Bundesebene (Runder Tisch Regionalität) aber auch in der Hauptstadtregion - Differenziertere Betrachtung von Regionalität, z.B. kann es ökologisch sinnvoller sein, bestimmte Produkte nicht in Brandenburg anzubauen, sondern in Regionen mit besseren agrarökologischen Bedingungen (z.B. Lößböden/ Schwarzerdeböden in Sachsen-Anhalt deutlich fruchtbarer, Weizen aus Sachsen qualitativ besser)
Mangelnder „Wille“ zu Regionalität aus finanziellen Erwägungen	<ul style="list-style-type: none"> - Wachstum/Profitmaximierung nicht Kernkriterien wirtschaftlichen Handelns, auch ethische, kulturelle und soziale Verantwortung (Positivbeispiel: Märkisches Landbrot) - Zusammenarbeit mit Erzeugern und Unternehmern aus der Hauptstadtregion sollte politisch/finanziell honoriert werden (im Sinne von Wirtschaftsförderung)
Diverse Lücken in der Wertschöpfungskette (v.a. Verarbeitung, aber auch Produktion)	<ul style="list-style-type: none"> - Politische Aufgabe: klassische Wirtschaftsförderung - Denken in Wertschöpfungsketten bei allen Beteiligten (s.o. Runder Tisch zur Entwicklung der Ökobranche in der Hauptstadtregion)
Produktion	
...deckt bei manchen Produkten nicht den Bedarf der Weiterverarbeiter und des Handels (z.B. Obst & Gemüse, Milch)	<ul style="list-style-type: none"> - Gezielte Förderung: Investition, Umstellung, Neugründung

	<ul style="list-style-type: none"> - z.B. Runder Tisch „Schulspeisung“ mit Erzeugern, Verarbeitern und politischen Entscheidungsträgern
Anbau von Obst & Gemüse zu personal- und investitionsintensiv, „problematische Fruchtfolge“	<ul style="list-style-type: none"> - s.o. - Kooperation zwischen Landwirten, um Fruchtfolgen zu gewährleisten und Anbau ökonomischer zu gestalten
Verarbeitung	
Mangel an obst- und gemüseverarbeitenden Betrieben	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftsförderung: detaillierte Wertschöpfungsanalyse + Maßnahmenentwicklung + Akquise von Akteuren (Positivbeispiel: Rheinland-Pfalz) - Berliner Senat könnte Brandenburg gezielter bei dieser Aufgabe unterstützen und Unternehmen in Berlin fördern/ Verarbeitung in die Stadt holen (z.B. Viktoriaspeicher der BEHALA)
Mangel an Fleischereien	<ul style="list-style-type: none"> - Politik: weniger umständliche und komplexe Umsetzung von EU-Vorgaben (Beispiel: überzogene Hygienevorschriften?) - Gezielte Wirtschaftsförderung, s.o. - Subunternehmerverträge mit konventionellen Fleischern (Bio-Schlachtung über eigene Öko-Zertifizierung mit getrennten Produktionslinien)
Vermarktung	
Teilweise dysfunktionales Verhältnis zwischen Erzeugern und Handel	<ul style="list-style-type: none"> - Verstärkter Dialog/Austausch von Informationen zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Händlern (Positivbeispiel: fair & regional „Runder Tisch Getreide“) mit transparenter Situationsanalyse, nachvollziehbaren Forderungen und Bedarfsabsprache

	<ul style="list-style-type: none"> - Standardisierte, langfristige Vertragsbeziehungen mit Erzeugern - Überwindung „historischer Animositäten“ (Brandenburg vs. Berlin)
Mit Abhängigkeiten verbundene Risiken	<ul style="list-style-type: none"> - Mehr Direktvermarktung - Diversifizierung von Absatzkanälen - Solidarische Landwirtschaft
Berliner Gastronomie kein ernstzunehmender Absatzmarkt	<ul style="list-style-type: none"> - Bedarf muss klarer dokumentiert werden, verbunden mit Aufklärung über reelle Preise (FÖL) - Aufbau einer Großhandelsstruktur (Terra?)
Konsumenten	
...präferieren zwar regionale Produkte, haben aber geringe Zahlungsbereitschaft und unrealistische Vorstellungen von regionaler Landwirtschaft und ökologisch produzierten Lebensmitteln	<ul style="list-style-type: none"> - Öffentlichkeitsarbeit ausbauen & Dialog mit Konsumenten suchen (keine Konfrontation), mit mehr Transparenz, um Preisbewusstsein und Verständnis zu generieren (über Verbände, politische Entscheidungsträger, Handel) - Ziel: Die Verbindung von Öko und regional und nicht das Ausspielen von regional vs. Bio bei den Konsumenten - „Brandenburger Landpartien“: nicht nur Fokus auf „kulinarische Genüsse“, sondern auch Aufklärung (z.B. auch über freiwillige temporäre Mitarbeit/Erntehilfen), u.U. Image-Kampagne für Öko-Landwirte wie bei Hausärzten - Politische und finanzielle Förderung von „Bio-Aktionstagen“: Veranstaltungen der Markthalle IX, Woche der Offenen Backstuben der Berliner Bio-Bäcker, Berlin Food Art Week, etc. - „Früh beginnen“: proaktiv Wandertage für Schulen anbieten und Kochunterricht (Positivbeispiel: Gemüse Ackerdemie)

	<ul style="list-style-type: none"> - Abfallminimierung & Verbrauchersensibilisierung für „nicht-normgerechtes“ Gemüse (Positivbeispiele: Culinary Misfits in Berlin; etepetete aus München: Biokisten mit krummen Gemüse; Frankreich: Supermarktkette Intermarché bietet nicht normgerechtes Gemüse 30% günstiger an; Großbritannien: Kampagne „Ugly fruit & veg“ bei Sainsbury's)
--	---

6 Zusammenfassung

Im Rahmen unseres Studienprojektes "Aktuelle Situation des Ökolandbaus in Brandenburg: Die Schere zwischen steigender Nachfrage in der Hauptstadt und begrenztem regionalen Angebot" haben wir anhand von 21 Leitfadeninterviews mit Akteuren der Wertschöpfungskette ein differenziertes Meinungsbild skizziert. Die auf den ersten Blick paradoxe Entwicklung, dass der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche und die Anzahl der Biobauern in Brandenburg abnimmt, während die Nachfrage nach (regionalen) Biolebensmitteln in Berlin beständig ansteigt, lässt sich mit Blick auf die geführten Interviews und aktuellen Veröffentlichungen zu dieser Thematik besser verstehen. Die Aussagen unserer Interviews bestätigen die Ergebnisse der konsultierten Studien und bieten mit ihrem umfassenden Blick auf die gesamte Wertschöpfungskette auch neue Erkenntnisse.

Generell werden die politischen Rahmenbedingungen für den Ökolandbau in Brandenburg von den Betroffenen als planlos empfunden. Demnach hat er politisch keine Priorität, es fehlt an Verlässlichkeit (keine erkennbare Strategie), Planungssicherheit („geringe Fördergelder“), Kontinuität („zeitweises Aussetzen der Umstellungsförderung“) und einem ehrlichem Bekenntnis („was versprochen wird, soll auch gehalten werden“). Das Thema „Boden“ wurde als wesentlicher Grund für das ins Stocken gekommene Wachstum der Öko-Fläche in Brandenburg identifiziert („Boden ist tägliches Hauptthema, wichtiger als die Produktion“). Problematisch ist für die Interviewten vor allem die Konkurrenz, die durch die finanzielle Förderung der Bioenergieerzeugung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entstanden ist. Dass Landwirte und vermehrt auch außerlandwirtschaftliche Investoren mit der Produktion von Bioenergiepflanzen mehr Geld verdienen können als mit Ökolandbau hat auch den Effekt, dass die Preise für Land seit Jahren stark steigen. Zugang zu

landwirtschaftlicher Fläche wird auch durch die von den Produzenten als nachteilig kritisierte Vergabepraxis der BVVG so immer schwieriger und ist manchen inzwischen finanziell nicht mehr möglich.

Dass regionale Wertschöpfungsketten kompliziert in der Realisierung sind, wurde durch die Interviews ebenfalls deutlich. Obwohl man sich einig ist, dass „bio“ und „regional“ gut zusammenpassen („kurze Wege, kurze Wertschöpfungsketten“), wird darauf verwiesen, dass Systemdenken in „geschlossenen Nährstoffkreisläufen“ wichtiger sei als eine Landbauform auf eine Region zu beschränken. Nachfrage und Umsatz ökologisch erzeugter Produkte steigen. Ein Missverhältnis existiert aber in der Tatsache, dass „Berliner zwar regionale Produkte präferieren“, aber eine geringe Zahlungsbereitschaft und unrealistische Vorstellungen von regionaler Landwirtschaft und ökologisch produzierten Lebensmitteln hätten. Erzeuger wünschen sich mehr Hilfe bei der Durchsetzung „realistischer“ Preise für Lebensmittel, die eine kostendeckende bzw. gewinnbringende Produktion ermöglichen und beklagen die Verzerrung durch die Externalisierung von Kosten im konventionellen Bereich. Diese habe dazu geführt, dass „die Preise hinter den Regionalprodukten oftmals nicht kostendeckend sind und dass „der Deutsche denkt, dass man bei Lebensmitteln sparen muss.“ Regionalität wird aber auch von Seiten des Handels vernachlässigt, der sich darauf berufe, dass die Kunden alle Produkte verlangen, so die Kritik vieler Interviewter.

Wertschöpfungslücken wurden hauptsächlich in der Verarbeitung und Veredelung (insbesondere im Gemüsebereich und in der Fleischverarbeitung) aufgefunden (insbesondere im Gemüsebereich und in der Fleischverarbeitung) aufgefunden gemacht („zwischen Handel und Produzenten“). Diese Lücken werden als „Riesenproblem“ bewertet, das „Wachstum begrenzt“. Der Ernährungswirtschaft wird „wenig kettenbewusstes Denken“ („der Bauer produziert vor sich hin und schaut dann weiter“) und Mangel an langfristigen Kooperationen bescheinigt: „kurzfristiges Denken, das auf Gewinnmaximierung zielt, verhindert langfristige Lieferbeziehungen.“ Die inadäquate Synchronisation von Angebot und Nachfrage war vielen Interviewten bewusst: „Dass in Berlin die Nachfrage da ist, ist allen klar, was nicht so klar ist, ist, warum die Bauern nicht das anbauen, was in Berlin gefragt ist.“

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass der Ökolandbau mit vielen Herausforderungen konfrontiert ist, die sein Bestehen und weiteres Wachstum in Brandenburg in Frage stellen. Auf Seiten der Produktion wurde eine Vielzahl an Faktoren identifiziert, die dazu führen, dass die ökologische Landwirtschaft in ihrer Entwicklung gebremst wird. Auf der Nachfrageseite ist zwar der Wunsch nach

regionalen Lebensmitteln vorhanden, aber die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten ist eine große privatwirtschaftliche und institutionelle Herausforderung. Trotz allem wird der Brandenburger Landwirtschaft großes Potential bescheinigt: „Die Landwirte könnten die Bevölkerung mit einheimischen Produkten ernähren, Importe wären nicht notwendig.“

Quellenverzeichnis

Literatur

AMT FÜR STATISTIK BERLIN BRANDENBURG (2011): Statistischer Bericht. Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Land Brandenburg 2010. C IV 7 – 2j / 10. Potsdam.

BODENATLAS (2015): Daten und Fakten über Acker, Land und Erde. 3. Auflage. Mai 2015. Hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung, Institute for Advanced Sustainability Studies, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland und Le Monde diplomatique. Berlin.

BÖLW (Hrsg.) (2012): Nachgefragt: 28 Antworten zum Stand des Wissens rund um Öko-Landbau und Bio-Lebensmittel. Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. 4. vollständig überarbeitete Auflage. Redaktion: GERBER, A.; MOEWIUS, J.; BARBIAN, T., ECOMBETZ PR GMBH. Oktober 2012. Berlin.

BÖLW (Hrsg.) (2014): Zahlen - Daten – Fakten. Die Biobranche 2014. Berlin. Februar 2014.

BÖLW (Hrsg.) (2015): Zahlen - Daten – Fakten. Die Biobranche 2015. Berlin. Februar 2015.

DEUTSCHER BUNDESTAG (2011): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 17/8223. 17. Wahlperiode. Umstellungsförderung in der Landwirtschaft in den Bundesländern in den Förderperioden 2007 bis 2013 und 2014 bis 2020.

FORSTNER, B.; TIETZ, A.; KLARE, K.; KLEINHANSS, W.; WEINGARTEN, P. (2011): Aktivitäten von nichtlandwirtschaftlichen und überregional ausgerichteten Investoren auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Deutschland. Endbericht. 2., aktualisierte Fassung. Sonderheft 352. Johann Heinrich von Thünen-Institut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (vTI). Braunschweig.

FORSTNER, B. UND TIETZ, A. (2013): Kapitalbeteiligung nichtlandwirtschaftlicher und überregional ausgerichteter Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland. Themen Report 5. Johann Heinrich von Thünen-Institut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (vTI). Braunschweig.

GREFF, U. (2013): Aktiv gegen Spekulationen. Biofläche den Biobauern. Veröffentlicht in: Ökologie & Landbau 166. 2/2013, 15-17.

HAERLIN, B. (2013): Landraub weltweit. Die neue Landlust. Veröffentlicht in: Ökologie & Landbau 166. 2/2013, 12-14.

HAHNE, U. (2008): Die Bedeutung regionaler Wertschöpfungsketten für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Präsentation im Rahmen der Veranstaltung:

Erfahrungen und Herausforderungen beim Aufbau regionaler Wertschöpfungspartnerschaften des MLUV Brandenburg. Uni Kassel.

HAMM, U. ET AL. (in Vorbereitung): Zielkonflikt beim Lebensmitteleinkauf: Konventionell regional, ökologisch regional oder ökologisch aus entfernteren Regionen? Forschungsprojekt im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) 2013 – 2015. In BÖLW (Hrsg.) 2015: Zahlen - Daten – Fakten. Die Biobranche 2015. Berlin. Februar 2015, 24-25.

KLÜTER, H. (2011): Zur Entwicklung der Landwirtschaft in Brandenburg. In: Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit. Entwicklung, Risiken, Perspektiven. oekom Verlag. München, 55-64.

KÖGL, H. UND RUDOW, K. (2014): Untersuchung der Wirkung des Pachtmarktes auf das Wachstum von ökologischen und anderen, nachhaltig wirtschaftenden Betrieben. Endbericht. Projekt im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN). Rostock. Februar 2014.

KÖPKE, U. UND KÜPPER, P.M. (2013): Marktanteile im Segment Bio-Lebensmittel. Folgen und Folgerungen. Institut für Organischen Landbau. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

KUHNERT, H.; BEHRENS, G.; HAMM, U.; MÜLLER, H.; NIEBERG, H.; SANDERS, J.; STROHM, R. (2013): Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang-Gründe-Handlungsoptionen. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 319 p, Thünen Rep. 3.

LINDENTHAL, T.; MARKUT, T.; HÖRTENHUBER, S.; RUDOLPH, G.; HANZ, K. (2010): Klimabilanz biologischer und konventioneller Lebensmittel im Vergleich. Veröffentlicht in: Ökologie & Landbau, 153. 02/2010.

MEISE, S. (2014): Der Kampf um Boden. Veröffentlicht in: Schrot & Korn, 12/14, 29-37.

MÜLLER, K. (2011): Gutachten zur Agrargeschichte des Landes Brandenburg nach 1989/90. Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Zugriff am 05.05.2015 unter: http://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/2_Gutachten%20Prof.%20M%C3%BCller%20%20Agrargeschichte%20des%20Landes%20Brandenburg%20nach%201989_Abgabe%20Version%2020112011_Ausgabe%2004.pdf.

MLUL (2014a): Richtlinie des Ministeriums für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg zur Förderung umweltgerechter landwirtschaftlicher Produktionsverfahren und zur Erhaltung der Kulturlandschaft der Länder Brandenburg und Berlin (KULAP).

NIEBERG, H.; KUHNERT, H.; SANDERS, J. (2011): Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland – Stand, Entwicklung und internationale Perspektive. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Sonderheft 347. Institut für Betriebswirtschaft. Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI). Braunschweig.

OTTO, A. (2014): Fördernisse und Hemmnisse für die Umstellung auf ökologischen Landbau in Brandenburg. Humboldt-Universität zu Berlin. Lebenswissenschaftliche Fakultät Albrecht Daniel Thaer-Institut für Agrar- und Gartenbauwissenschaften. Bachelorarbeit.

REINHARDT, G., GÄRTNER, S., MÜNCH, J., HÄFELE, S. (2009): Ökologische Optimierung regional erzeugter Lebensmittel: Energie- und Klimagasbilanzen. Ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH. 2009.

SANDERS, J.; OFFERMANN, F.; NIEBERG, H. (2012): Wirtschaftlichkeit des ökologischen Landbaus in Deutschland unter veränderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen. Johann Heinrich von Thünen-Institut. Landbauforschung. Sonderheft 364.

SANDERS, J. (2015): Ökolandbau in Deutschland und Europa – eine Standortbestimmung zwischen Vision und Wirklichkeit. Thünen-Institut für Betriebswirtschaft. Vortrag anlässlich der Ökolandbau Tagung in Berlin. 09.01.2015.

SCHRAMEK, J. und SCHNAUT, G. (2004): Motive der (Nicht-)Umstellung auf Öko-Landbau. Aktuelle Forschungsergebnisse. In: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) (Hrsg.): Ökologie & Landbau. 131, 03/2004, S. 44-46.

SCHULTZE, C. (2011): Brandenburgs Traum vom grünen Gold. Fehlentwicklungen und Konflikte rund um die Bioenergie. In: Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit - Entwicklung, Risiken, Perspektiven. oekom Verlag, München, 147-157.

SZERENCSITS, M.; RUPPERT, J.; DAHLMANN, C. & HESS, J. (2009): Entwicklung von Strategien zur Ausdehnung des Ökologischen Landbaus in Luxemburg. In: MAYER, J. ET AL. (Hrsg.): Werte - Wege - Wirkungen: Biolandbau im Spannungsfeld zwischen Ernährungssicherung, Markt und Klimawandel. Verlag Dr. Köster. Berlin, 462-465.

THOMSEN, B. (2013): Ansturm auf Bauernland. Deutsche Politik heizt Landgrabbing an. Veröffentlicht in: Ökologie & Landbau 166. 2/2013, 24-25.

VOGEL, A. UND STOLZE, R. (2012): Umgang mit Eigentum im Transformationsprozess in Brandenburg insbesondere in der Landwirtschaft. Arbeitspapier.

WANNEMACHER, D. UND KUHNERT, H. (2009): Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten zur Steigerung des Absatzes von ökologisch erzeugtem Gemüse im Lebensmitteleinzel- und Naturkosthandel. Abschlussbericht. Hamburg. Oktober 2009.

WAWRZYNIAK, N. (2013): Bodenpolitik Ost. Brandenburgs bitterer Schlussverkauf. Ökologie & Landbau 166. 2/2013. 30-31.

WEBB, H.; WILLIAMS, A.G.; HOPE, E.; EVANS, D.; MOORHOUSE, E. (2013): Do foods imported into the UK have a greater environmental impact than the same foods produced within the UK? Veröffentlicht in. International Journal of Life Cycle Assessment (2013) 18,1325–1343.

WECHSUNG, F.; GERSTENGARBE, F.-W.; LASCH, P.; LÜTTGER A. (2008): Die Ertragsfähigkeit ostdeutscher Ackerflächen unter Klimawandel. Potsdam Institut für Klimafolgenforschung e.V. (PIK) PIK Report No. 112.

Audioquelle

HEINRICH-BÖLL STIFTUNG BRANDENBURG (2014): Landgrabbing in Brandenburg – was tun? Zugriff am 23.04.2015 unter: <https://www.youtube.com/watch?v=N6F6kxiaSgM>

Internetquellen

BAUERNZEITUNG ONLINE (2014): Agrarinvestitionsförderung: Messlatte wird höher gelegt. Zugriff am 28.04.2015 unter: <http://www.bauernzeitung.de/agrarticker-ost/brandenburg/agrarinvestitionsfoerderung-messlatte-wird-hoehere-gelegt/>.

BMUB, 2015: Ernährung: Lebensmittel und Konsum. Zugriff am 22.4.2015 unter: <http://www.bmub.bund.de/themen/wirtschaft-produkte-ressourcen/produkte-und-umwelt/produktbereiche/lebensmittel/>.

BUND (2015): BVVG Bodenverwertungs- und –verwaltungs GmbH. Zugriff am 12.05.2015 unter: <http://www.bund.de/Content/DE/DEBehoerden/B/BVVG/BVVG-Bodenverwertungs-und-verwaltungs-GmbH.html?nn=4641496>.

DETER, A. (2015): Verkaufspreise der BVVG Brandenburg nochmals gestiegen. Topagrar Online. Zugriff am 04.05.2015 unter: <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Verkaufspreise-der-BVVG-Brandenburg-nochmals-gestiegen-1719682.html>.

FÖL (2014): Starkes Jahr für Bio in Berlin-Brandenburg – Fakten und Trends sowie politische Rahmenbedingungen. Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V. Zugriff am 03.05.2015 unter: <http://www.bio-berlin-brandenburg.de/presse/detailansicht/meldungen/starkes-jahr-fuer-bio-in-berlin-brandenburg-fakten-und-trends-sowie-politische-rahmenbedingungen/>.

FÖL (2015): Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau e.V.. Regionale Marktdaten vom ökologischen Landbau. Zugriff am 28.04.2015 unter: <http://www.bio-berlin-brandenburg.de/wissenswert/bio-in-der-region/regionale-marktdaten/>.

INKA BB (2015a). Innovationsnetzwerk Berlin Brandenburg. Klimawandel und Innovation. Zugriff am 17.05.2015 unter: <http://www.inka-bb.de/>.

INKA BB (2015b): Innovationsnetzwerk Berlin Brandenburg. Klimawandel und Innovation. Zugriff am 16.05.2015 unter: <http://www.klimabob.de/klimawandel/brandenburg.html>.

INKA BB (2015c): Innovationsnetzwerk Berlin Brandenburg. Projektflyer Teilprojekt 6: Klimaflexibler integrierter Landbau. Zugriff am 16.05.2015 unter: http://www.klimabob.de/fileadmin/pdf/Brosch%FCre_ParlAbend.pdf.

INKA BB (2015d): Innovationsnetzwerk Berlin Brandenburg. Poster Teilprojekt 8: Sortenstrategien für landwirtschaftliche Nutzpflanzen zur Anpassung and den Klimawandel. Zugriff am 16.05.2015 unter: http://www.klimabob.de/fileadmin/Poster_TP8_Nov2010.pdf.

INKA BB (2015e): Innovationsnetzwerk Berlin Brandenburg. Teilprojekt 7. Anpassungstools für einen klimaplastischen Ökolandbau. Zugriff am 16.05.2015 unter: <http://project2.zalf.de/inkabb/projekte/teilprojekt-7-1/teilprojekt-7>.

LANDESBAUERNVERBAND BRANDENBURG E.V. (2007): Landwirtschaft in Brandenburg und Klimawandel. Zugriff am 16.05.2015 unter: <http://www.hausdernatur-potsdam.de/downloads/070621scherfke.pdf>.

MLUL (2015b): Startseite Agrarbericht Brandenburg. Zugriff am 02.01.2015 unter: <http://agrarbericht.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.365459.de>.

MLUL (2015c): EGFL – Direktzahlungen (1.Säule). Kernstück der EU-Agrarpolitik. Zugriff am 28.4.2015 unter: <http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.266678.de>.

MLUL (2015d): Förderung von Projekten im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP). Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit. Zugriff am 17.05.2015 unter: <http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.396812.de>.

MLUL (2015e): Förderung und Anbauverbände. Umstellungsberatung. Zugriff am 16.05.2015 unter: <http://www.mlul.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.213905.de>.

ÖKOLANDBAU.DE (2015a): Förderung des Ökolandbaus durch EU, Bund und Länder. Zugriff am 28.04.2015 unter: <http://www.oekolandbau.de/erzeuger/oekonomie/foerderung/foerderung-des-oekolandbaus/>.

ÖKOLANDBAU.DE (2015b): Umstellungsförderung. Infos zur Förderung des Ökolandbaus. Zugriff am 05.05.2015 unter: <http://www.oekolandbau.de/erzeuger/umstellung/umstellung-in-der-praxis/foerdermittel/#c24821>.

PACHTSPIEGEL (2015): BVVG aktuell. Zugriff am 02.06.2015 unter:
http://www.agrar.de/de/pachtspiegel_Brandenburg.html.

PROPLANTA (2015): Warum die Bodenpreise explodieren. Zugriff am 13.05.2015 unter:
http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Agrarwirtschaft/Warum-die-Bodenpreise-explodieren_article1422140490.html.

SIEGMUND, K. (2014): Boden teurer denn je. Bauernzeitung Online. Zugriff am 04.05.2015 unter: <http://www.bauernzeitung.de/agrarticker-ost/brandenburg/boden-teurer-denn-je/>.

SPRINGER-HEINZE (2005): Was ist eine regionale WSK. Zugriff am 16.05.2015 unter:
<http://www.regionale-wertschoepfung.info/index.php?tpl=page&id=5&lng=de>.

UMWELTBUNDESAMT (2013): Ökobilanz. Zugriff am 30.05.2015 unter:
<http://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/produkte/oekobilanz>.

UMWELTBUNDESAMT (2014). Ökolandbau. Zugriff am 28.04.2015 unter:
<http://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/landwirtschaft-umweltfreundlich-gestalten/oekolandbau>.

Anhänge

Fragebogen: Leitfaden-/Experteninterviews

Wertschöpfungskette	Frageschwerpunkte
Rahmenbedingungen	
<i>Politik</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Ganz generell, wird der Ökoanbau von der Politik gewünscht? Fühlen Sie sich unterstützt? Falls ja / nein, warum (nicht)? - Was würden Sie sich von der Politik wünschen? - Ist die Flächenprämie für Ökolandbau wichtig und richtig? Falls ja, entspricht die Höhe und Kontinuität Ihrer Vorstellung? Falls ja, wie lange sollte sie gezahlt werden? Falls nein, sollte man sie abschaffen? - Wie sieht die ideale Gestaltung der Umstellungsförderung aus (Dauer, Höhe..)? - Wären Kontrollkostenzuschüsse für Sie relevant? - Wer sollte eine Beratung durchführen? Staatliche Berater (bezahlt vom Ministerium), unabhängige Berater, oder Fachverbände? Sollten Zuschüsse gezahlt werden? - Sind verschiedene Interessensvertretungen problematisch (LBV, FÖL etc.) ? - Wie beurteilen Sie die Einführung der geplanten Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)? Welche Chancen und welche Risiken sehen Sie für den (regionalen) Ökolandbau? - Milchwirtschaft: Verändertes Produktionsprofil seit dem Fall der Quotenregelung zum 01.04.15? - Stichwort Finanzierung / Liquidität: Warum können die Landesbanken (Investitionsbanken B / BRB) nicht stärker Ökolandwirte mit Krediten unterstützen? - Wie haben sich die Bodenpreise in den letzten Jahren entwickelt? Ist es für Sie schwieriger geworden, Land zu pachten oder zu kaufen? - Können Sie die Auswirkungen der Flächenkonkurrenz zu Biogasanlagen / Boden als Spekulationsobjekt beschreiben?
<i>Ressourcen</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Hat sich die Bodenqualität in den letzten Jahren verändert? Sind die Böden besser / schlechter geworden? Falls ja, inwiefern spielt das für Sie eine Rolle? (Erträge, Sortenwahl, Planbarkeit, Fruchtarten) - Spielt der Klimawandel (eine Veränderung klimatischer Bedingungen) eine Rolle für Ihre

	Erträge? Falls ja, inwiefern? (Erträge, Planbarkeit, Fruchtarten)
<i>Produktion</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Betriebsdaten (Standort, Betriebsgröße, Mitarbeiter, Verbandsmitgliedschaft, Ackerbau/Tierhaltung/Gärtnerei/Grünland etc., wirtschaftliche Situation) - Müssen Sie zertifizierte Futtermittel zukaufen? Falls ja, woher beziehen Sie sie? Handelt es sich um feste Partnerschaften oder wechseln Sie den Lieferanten oft? - Wie viel kostet Sie die Zertifizierung (Zeit / Geld)? - Hat sich die Relation zwischen Betriebskosten und Einnahmen in den letzten Jahren verbessert / verschlechtert oder ist sie gleich geblieben? - Preisgestaltung: Direktvermarktung vs. LEH? Wer bekommt den Premiumpreis? - Haben Sie Probleme, geeignetes Personal zu finden? Gibt es Ihrer Meinung nach einen Fachkräftemangel? Falls ja, woran liegt dies Ihrer Meinung nach? - Planen Sie eine Nachfolge innerhalb der Familie?
<i>Veredlung & Verarbeitung</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeine Betriebsdaten (Standort, Mitarbeiter, Produktionsschwerpunkt); Erzeuger: Verarbeitung von wem? - Wie gestalten sich Ihre Standortbedingungen (inkl. Personalkosten, Personalmangel, Infrastruktur, etc.)? - Wie hoch ist der Anteil an regionalen Lieferanten & Kunden? - Wie kann man den Anteil regionaler Lieferanten erhöhen? - Sind Sie ausgelastet? Falls ja, planen Sie eine Vergrößerung der Produktionskapazitäten? Falls nein, um wie viel Prozent könnten Sie Ihre Produktion noch steigern?
<i>Vermarktung & Vertrieb</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Inwiefern hat sich die Nachfrage nach Biolebensmitteln in Berlin in den letzten Jahren verändert? - Landwirte: LEH oder Direktvermarktung? Aus welchen Gründen haben Sie Direktvermarktung / die indirekte Vermarktung über den LEH gewählt? - Lieferung an Berliner Gastronomie? - Wie setzt sich der Preis zusammen? Wie viel bekommen Sie als Landwirt / Zulieferer / Supermarkt? Welche Akteure üben Ihrer Erfahrung nach Preisdruck aus? - LEH: Wie hoch ist das regionale Angebot? Welche

	<p>Mechanismen nutzen Sie, um das regionale Angebot zu steigern? Haben Sie feste Lieferbeziehungen zu Ihren Lieferanten oder wechseln diese oft?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Inwiefern haben sich die Produktpreise in den letzten Jahren verändert? Können Sie sie kurz beschreiben? - Inwiefern hat sich die Globalisierung von Wertschöpfungsketten verändert (Zunahme / Abnahme)? Gibt es einen „Sinneswandel“ zu einer vermehrt regionalen Produktion? - Wie hoch ist der Anteil von Importen im Sortiment (Deutschland – Europa – weltweit)? Wie hoch ist der Anteil regionaler Produkte?
<i>Konsumenten</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Üben Konsumenten Einfluss aus auf die Produktion? Welche Rolle spielt der Konsument in der Wertschöpfungskette? - Präferieren Konsumenten Direkt- oder Supermarktvermarktung?
<i>Sonstiges</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Was bedeutet für Sie Regionalität (Definition, Kriterien, Beschreibung) ? - Spielt der Strukturwandel / der demographische Wandel eine Rolle für die Entwicklung der regionalen Wertschöpfungskette? - Woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass die ökologisch bewirtschaftete Fläche und die Anzahl der Betriebe in Brandenburg rückläufig ist? - Wie könnte man aus Ihrer Sicht die steigende Nachfrage in der Hauptstadt und das regionale Angebot besser synchronisieren?

Abbildung A7: Umsätze und Umsatzanteile für Öko-Lebensmittel in Deutschland nach Absatzebenen (in Mrd. €)

Umsätze und Umsatzanteile für Öko-Lebensmittel in Deutschland nach Absatzebenen¹
 Umsätze ohne Außer-Haus-Verzehr (in Mrd. €)

Quellen: Arbeitskreis Biomarkt auf Basis von GfK, Nielsen, BioVista, Kommunikationsberatung Klaus Braun
 Dem Arbeitskreis gehören an: Agramarkt Informations-Gesellschaft (AMI), BioVista, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), GfK SE, Prof. Dr. Ulrich Hamm (Universität Kassel), Klaus Braun Kommunikationsberatung, Prof. Dr. Paul Michels (Hochschule Weihenstephan-Triesdorf) und Nielsen.

	2012			2013			2014		
	Umsätze (in Mrd. €)	Anteil	Wachstum	Umsätze (in Mrd. €)	Anteil	Wachstum	Umsätze (in Mrd. €)	Anteil	Wachstum
Naturkostfachgeschäfte ²	2,21	31%	7%	2,40	32%	8,6%	2,62	33%	9,0%
Lebensmitteleinzelhandel ³	3,79	54%		4,06	54%	7,2%	4,21	53%	3,6%
Sonstige ⁴	1,05	15%		1,10	15%	4,9%	1,09	14%	-0,6%
Insgesamt	7,04		6%	7,55		7,2%	7,91		4,8%

Anmerkungen:
 1 Die Umsatzzahlen der Geschäftstypen sind ab 2012 aufgrund neuer Berechnungsgrundlage nicht mit früheren Veröffentlichungen zu den Vorjahren vergleichbar.
 2 einschließlich Hofläden, die netto Waren im Wert von mind. 50.000 € zukaufen (u. a. vom Großhandel)
 3 einschließlich Drogeriemärkte
 4 Bäckereien, Metzgereien, Obst/Gemüse-Fachgeschäfte, Wochenmärkte, Abokisten, Versandhandel, Tankstellen, kleine Hofläden

Quelle: BÖLW 2015, S. 15

Impressionen





